

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährlich 96.-
ganzzährig 192.-

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags (Halt) 1924

Keine Redensarten,
sondern Klarheit!

In der letzten Zeit hat das „Pravo Lidu“
seine Leser über den von unserer Partei
eingeleiteten Abwehrkampf gegen das
absolutistische und nationalistische
Bedrückungssystem wiederholt in so
verzerrter Form unterrichtet, daß es
notwendig erschien, diesen falschen und
die Reinheit unserer sozialistischen
Motivverständigungen entgegenzutreten.
In seiner letzten Sonntagsausgabe rückt
das Blatt der tschechischen Sozialdemokraten
von seinen eigenen Behauptungen
erheblich ab und schlägt andere Töne an.
Leider weiß man beim „Pravo Lidu“
nicht, ob gewisse andere Worte,
die es gelegentlich findet, auf eine
Aenderung seiner Sinnesart oder nur
darauf zurückzuführen sind, daß ein
anderer Redakteur sich äußert.
Wie dem immer ist, das „Pravo Lidu“
geht die Sache diesmal von einer
anderen Seite an und schreibt:

Wir wünschen uns, diese Partei (die
deutsche sozialdemokratische Partei)
möge zu einer Brücke für einen deutsch-tschechischen
Ausgleich werden, ohne daß wir
im entferntesten die Absicht hätten,
von ihr Verzicht zu verlangen,
welche die nationale Ehre und den
Ehrgeiz der Deutschen schwächen
würden. Doch eines ist heute klar.
Von den vielen Gelegenheiten,
welche wir als Partei für eine
Versöhnungsaktion („smírovnost“)
benutzt haben, wurde nicht eine
einzig benützt. Das wir daher
mehr zu tun haben, darüber müssen
uns die deutschen Sozialdemokraten
selbst beschleunigen.

Die unfreundliche Gesinnung, die das
„Pravo Lidu“ unserer Partei
gemeinhin entgegenbringt, läßt
es uns fraglich erscheinen, ob aus
diesen Worten der ernste Wunsch
nach Schaffung der Voraussetzungen
für eine Regelung der nationalen
Rechtsverhältnisse im Staate
spricht, an denen wir gemeinsam
arbeiten hätten, oder ob das nur ein
Gieb von der anderen Seite her
sein soll. In der Regel werden wir
beschuldigt, unser Streben sei
dahin gerichtet, im nationalistischen
Wettlauf mit den deutschbürgerlichen
Parteien die Siegerpalme davonzutragen
und es ist schon möglich, daß das
„Pravo Lidu“ mit seiner freundlich
klingenden, wenn auch höchst
überflüssigen Mahnung, nur die
Absicht verfolgt, uns bei der
tschechischen Arbeiterschaft als die
Verhinderer einer Verständigung
mit der tschechischen Sozialdemokratie
anzukreiden.

Dessenungeachtet muß auf die
Mahnung und die Behauptung des
„Pravo Lidu“ eingegangen werden,
denn diese Art der Darstellung
unserer beiderseitigen Bemühungen
um die Lösung der nationalen Frage,
als eine Frage des politischen
Fortschritts und der Ebnung der
Wege für den Klassenkampf des
sozialistischen Proletariats, kann
nicht unwidersprochen bleiben.

Fürs erste: es heißt unsere Partei
schmähen, wollte man von ihr
behaupten, sie hätte auch nur einen
Augenblick daran vergeblich, daß
es ihre früher oder später kommende
Aufgabe sein wird, die vom
„Pravo Lidu“ gewünschte „Brücke“
für einen nationalen Ausgleich im
Staate zu sein, und daß sie noch
nie etwas getan oder unterlassen
hat, was sie zu dieser ihr zugefallenen
geschichtlichen Mission disqualifizieren
würde. Wir brauchen uns wahrhaftig
weder vor dem Forum der Partei
und der Internationale, noch dem der
Geschichte zu verantworten, als hätten
wir uns in unserer Einstellung zum
nationalen Problem niemals anders
als von grundsätzlich sozialistischen
Erwägungen leiten lassen. Es hat
dem „Pravo Lidu“ oftmals beliebt,
für das Abschweifen mancher
unserer Wählerschichten — die nach
dem Umsturz zu uns gestoßen waren
— ins nationale Lager, unsere
angebliche nationalistische Orientierung
verantwortlich zu machen; in
Wahrheit haben wir unsere nationale
Politik, die allerdings in der Bekämpfung
der heutigen nationalistischen
Gewaltherrschaft besteht, niemals
von tatsächlichen Bedürfnissen
leiten lassen,

sondern haben unverrückbar daran
festgehalten, daß nur eine friedliche
Verständigung zwischen den den
Staaten bewohnenden Völkern und
Stämmen den Staat zu einer
gemeinsamen Heimstätte für alle
seine Bewohner zu wandeln
vermag. Für diesen Standpunkt,
den wir unaufhörlich praktisch zur
Weltung zu bringen suchten, haben
wir naturgemäß bei der tschechischen
nationalen Machtklasse kein
Verständnis und kein Entgegenkommen
gefunden und wir sind auch nicht
so naiv, zu glauben, die tschechische
nationale Bourgeoisie als Herrscherin
im Staate, werde die wahre
Demokratie und nationale Freiheit,
bestritten durch unsere
Uebertretungskunst, den anderen
Nationen freiwillig und großherzig
einräumen. Aber wir haben für
unsere ersten Bemühungen leider
auch bei der tschechischen
Sozialdemokratie so gut wie kein
Verständnis, noch weniger
Mithilfe, dafür um so stärkere
Anfeindungen gefunden, weil sie
selber sich stets nur den tatsächlichen
Bedürfnissen anzupassen suchten,
mit dem Strome schwammen und
Gedankengängen in der tschechischen
Arbeiterschaft Vorstoß leisteten,
die ein Produkt der nationalen
Ueberwindung der Umsturz- und
Nachumsturzzeit waren. In dieser
Haltung gerade der tschechischen
Sozialdemokraten, in der von ihnen
erschütterten Hoffnung auf die
internationale Solidarität der
Sozialdemokratie liegt die Ursache
dafür, daß manche halb- und
ganzproletarische Schichten, die auf
die Wirksamkeit der sozialistischen
Internationalen vertraut hatten, zu
den nationalen Parteien abgeirrt
sind, eine Schuld, welche die
tschechische Partei etwas kleinlaut
über die von ihr uns zugefügten
Verluste stimmen müßte, als sie ist.
Die „Brücke“ für die nationale
Verständigung im Staate wollen
wir auch weiterhin sein, denn wir
erblicken nicht in der Schürung des
nationalen Hasses unsere Aufgabe,
aber „Brücken“ sind dazu da, daß
sie betreten werden. Eine Tat,
von der bisher bei der tschechischen
Sozialdemokratie nicht einmal ein
Versuch wahrzunehmen war.

Bleibt noch die Behauptung, es
wäre von den „vielen Gelegenheiten“,
welche die tschechische sozialdemokratische
Partei für eine Versöhnungsaktion
bereitete, nicht eine einzige
benützt worden! Es könnte bei
der tschechischen und deutschen
Arbeiterschaft den Eindruck erwecken,
als wäre die tschechische Sozialdemokratie
immer verhandlungsbereit, wir
dagegen starr und unnaachgiebig
gewesen. Die „vielen Gelegenheiten“,
von denen das „Pravo Lidu“ spricht,
sind aber leider ein Luftgebilde
und die tschechische sozialdemokratische
Partei hat auch nicht in einem
einzigem Falle uns die Gelegenheit
gegeben, mit ihr als von Gleich zu
Gleich zu verhandeln und die
Verständigung über die Herstellung
eines geordneten und befriedigenden
Rechtsverhältnisses zwischen den
Nationen zu versuchen. Und noch
weniger: der Präsident Masaryk
hat in einer seiner Reden davon
gesprochen, der Staat hätte eine
Frage zu lösen, das sei die
deutsche, doch wo und wann
haben je die tschechischen Sozialdemokraten
so viel Ernst und Willen
aufgebracht, sich mit dieser
wichtigsten Aufgabe des Staates
und seiner Bewohner insoweit zu
beschäftigen, daß sie selber darüber
Klarheit gefunden hätten, wie sie
zu ihr stehen und wie sie sich ihre
Lösung vorstellen? Auf keiner der
Tagungen der tschechischen Sozialdemokratie
ist dieses Problem auch nur
erörtert worden und bei keiner ihrer
Handlungen kommt die Rücksichtnahme
darauf zum Ausdruck. Alle
Aussagen, die man von führenden
tschechischen Genossen zu hören
bekommt, weisen darauf hin, daß
darüber weder Einigkeit noch
Klarheit herrscht. Die einen geben
wenigstens das Vorhandensein einer
nationalen Frage im Staate zu,
erkennen gelegentlich sogar deren
Bedeutung, es gibt aber auch solche,
die, wie der Abgeordnete Stávin,
behaupten, es gäbe im Staate
„gesetzgeberisch überhaupt keine
Minderheitsfrage“ und die Frage
der Rechte der nationalen Minderheiten
wäre eigentlich durch die
Friedensverträge hinreichend
gelöst. Der eine Genosse ist der
Meinung, eine Einigung wäre
möglich, wenn die deutschen
Sozialdemokraten vom tschechischen
Staate nur soviel verlangten, was
das gemeinsame Brüner
Nationalitätenprogramm von
Österreich verlangt hat, ein
anderer weicht dem Problem im
weiten Bogen aus, indem er die
Bestrebungen auf Beseitigung der
nationalen Unterdrückung einfach
als „nationales Querulantenstück“
erklärt. Nur wenige vermögen die
Bedeutung einer gemeinsamen
proletarischen Politik in einem
unter den gleichberechtigten
sozialistischen Parteien geschlossenen
Kompromisses zu erkennen und
diese melden sich nicht zum
Wort. Es ist eine leere Redensart
des „Pravo Lidu“, wenn von den
„vielen Gelegenheiten“ gesprochen
wird, welche keine Partei zur
Herbeiführung einer Verständigung
der sozialistischen Parteien für
eine gemeinsame Aktion zur
Lösung der nationalen Frage
gegeben habe. Möchte uns das
„Pravo Lidu“ nicht logen, wo und
wann, seine Partei diese vielen
Gelegenheiten uns bereitet habe?
Unserer Partei ist jedenfalls davon
nichts bekannt. Aber selbst wenn
es wahr wäre, wie es falsch ist,
daß wir bisher, sei es aus Irrtum
oder Unverständnis, nicht
zusammenkommen konnten, was
gedenken die tschechischen

Sozialdemokraten weiterhin zu tun?
Nehmen wir den Fall an, es sei
wirklich Zeit und Gelegenheit
verfaumt worden, es ist doch
darum nicht zu spät geworden,
an die Lösung dieser, wie wir
überzeugt sind, gemeinsamen
Pflicht zu gehen. Wir erkennen
nach wie vor im Sinne unseres
alten Brüner Programms an, daß
die nationale Wirren jeden
politischen Fortschritt und jede
kulturelle Entwicklung der
Völker lähmen, und daß es
unser aller Aufgabe sein muß,
die Wirren als Hemmschuh des
sozialistischen Klassenkampfes
aus dem Wege zu räumen.
Aber will dies auch die tschechische
Sozialdemokratie, oder will sie
bisher ausschließlich der
staatsüberherrschenden
Bourgeoisie Gefolgschaft leisten?
Keine Redensarten, sondern
Klarheit! Wir sind jeden
Augenblick bereit, den Weg zu
gehen, den uns unsere sozialistische
Erkenntnis gebietet und wir
werden es freudig begrüßen,
wenn wir die tschechische
Sozialdemokratie auf diesem
Wege finden. Bislang war dies
nicht der Fall und darum haben
wir wohl ein Recht, ihre
Behauptungen über internationale
sozialistische Pflicht mit Dank
aber auch mit Entschiedenheit
abzulehnen!

gung wäre möglich, wenn die
deutschen Sozialdemokraten vom
tschechischen Staate nur soviel
verlangten, was das gemeinsame
Brüner Nationalitätenprogramm
von Österreich verlangt hat, ein
anderer weicht dem Problem im
weiten Bogen aus, indem er die
Bestrebungen auf Beseitigung der
nationalen Unterdrückung einfach
als „nationales Querulantenstück“
erklärt. Nur wenige vermögen die
Bedeutung einer gemeinsamen
proletarischen Politik in einem
unter den gleichberechtigten
sozialistischen Parteien geschlossenen
Kompromisses zu erkennen und
diese melden sich nicht zum
Wort. Es ist eine leere Redensart
des „Pravo Lidu“, wenn von den
„vielen Gelegenheiten“ gesprochen
wird, welche keine Partei zur
Herbeiführung einer Verständigung
der sozialistischen Parteien für
eine gemeinsame Aktion zur
Lösung der nationalen Frage
gegeben habe. Möchte uns das
„Pravo Lidu“ nicht logen, wo und
wann, seine Partei diese vielen
Gelegenheiten uns bereitet habe?
Unserer Partei ist jedenfalls davon
nichts bekannt.

Über selbst wenn es wahr wäre,
wie es falsch ist, daß wir bisher,
sei es aus Irrtum oder Unverständnis,
nicht zusammenkommen konnten,
was gedenken die tschechischen

Absenz der Koalition.

Tomásek: „Bewunderlich: Pflichterfüllung“.

Prag, 12. Dezember.

Zur Absenz der Opposition ist im
Abgeordnetenhaus die Absenz der
Koalition hinzugezogen: Die
Koalitionsabgeordneten sind
des ewigen, zweifachen Redens
müde, es gibt keine Debatte
mehr und die Vertreter der
Mehrheitspartei zeigen sich auch
nur in sehr spärlicher Anzahl
im Saal. Heute erreichte die
Absenz der Koalition ihren
Höhepunkt: sechs Abgeordnete
waren im Sitzungssaal des
Abgeordnetenhauses anwesend!
Präsident Tomásek ließ
vergeblich alle Kloden und
Lautsprecher in Bewegung
setzen, vergeblich waren die
Sprecher auf der Suche nach
Vollvertretern und vergeblich
gestellte in ohrenbetäubender
Weise die große Abstimmungs-
glocke durchs Haus. Es
blieben alle kramphastigen
Bemühungen des Präsidenten
erfolglos, die Koalition
verharrte in ihrer Absenz!
Tomásek erhob sich also,
nachdem die Berichte über die
Regelung der Rudenäfte von
Gau- und Bezirksregierungen
in der Slowakei und über die
Regelung der Häuteauktion
vorgelesen wurden, zu folgender
Erklärung:

„Wir sollten jetzt zur
Abstimmung schreiten, aber
es ist ständig die erforderliche
Präsenz nicht vorhanden.
Ich bin daher genötigt, zum
Schlusse der Sitzung zu
schreiten. Ich bedauere
tief diese Erscheinung, die
eine einigermassen
bewunderliche Pflichterfüllung
bedeutet.“

Darauf verließ der
Präsident den Saal, wobei
er seinem Unwillen über die
Leere des Saales deutschen
Ausdruck gab.

Die Koalition hat an alle
Klubs der Mehrheitspartei
folgendes Rundschreiben
in dieser Angelegenheit
gerichtet.

„In den letzten Sitzungen
ist es nur mit der größten
Mühe möglich gewesen, die
nötige Präsenz in der
Kammer aufzubringen. Das
„Pravo Lidu“ schrieb sogar,
daß bei einer Abstimmung
nur 78 Abgeordnete (die
Opposition mitbegriffen)
anwesend gewesen seien,
während von einem
säkularen Beschluß die
Anwesenheit von mindestens
90 Abgeordneten
erforderlich ist. Ganz
abgesehen davon, daß die
Opposition diese
unzureichende Präsenz
der koalitierten
Abgeordneten zu einer
plötzlichen Ueberraschung
und zur Durchsetzung
einer Mehrheit bei
irgendeiner Gelegenheit
aushalten könnte, ist es
für die Dauer überhaupt
undenkbar, daß der
heutige trübselige Zustand
andauernd könnte.
Selbstzeit beschloß der
Zehnerausschuß, die
koalitierten Klubs
aufzufordern, sie mögen
die Präsenz ihrer
Mitglieder feststellen
und allenfalls mit
Strafen vorgehen. Die
Sitzungen der letzten
Tage haben nun gezeigt,
daß die koalitierten Klubs
ihre Pflicht nicht tun,
wenn in der Kammer
sogar bei Abstimmungen
kaum die Hälfte der
koalitierten

Sozialdemokraten weiterhin zu tun?
Nehmen wir den Fall an, es sei
wirklich Zeit und Gelegenheit
verfaumt worden, es ist doch
darum nicht zu spät geworden,
an die Lösung dieser, wie wir
überzeugt sind, gemeinsamen
Pflicht zu gehen. Wir erkennen
nach wie vor im Sinne unseres
alten Brüner Programms an, daß
die nationale Wirren jeden
politischen Fortschritt und jede
kulturelle Entwicklung der
Völker lähmen, und daß es
unser aller Aufgabe sein muß,
die Wirren als Hemmschuh des
sozialistischen Klassenkampfes
aus dem Wege zu räumen.
Aber will dies auch die tschechische
Sozialdemokratie, oder will sie
bisher ausschließlich der
staatsüberherrschenden
Bourgeoisie Gefolgschaft leisten?
Keine Redensarten, sondern
Klarheit! Wir sind jeden
Augenblick bereit, den Weg zu
gehen, den uns unsere sozialistische
Erkenntnis gebietet und wir
werden es freudig begrüßen,
wenn wir die tschechische
Sozialdemokratie auf diesem
Wege finden. Bislang war dies
nicht der Fall und darum haben
wir wohl ein Recht, ihre
Behauptungen über internationale
sozialistische Pflicht mit Dank
aber auch mit Entschiedenheit
abzulehnen!

Abgeordneten anwesend ist. Eine
gründliche Aenderung ist
notwendig und die
Präsidenten der einzelnen
Klubs tragen die volle
Verantwortung, daß diese
Aenderung herbeigeführt
werde.“

Die Staatsbeamtenvorlären
Montag in der Kammer.

Prag, 12. Dezember. Nachdem
sich die Koalition, wie wir
bereits gestern vermeldeten,
über den Inhalt der von uns
in den Grundzügen bereits
wiedergegebenen
Staatsbeamtenengesetze
geeinigt hat, erfolgte heute
auch das Kompromiß in der

Bedeckungsfrage.

Das Gesamterfordernis
beträgt 520 Millionen;
hievon sollen bedeckt werden:
100 Millionen durch
Zölle auf Fleisch, Fett und
Seide, 160 Millionen durch
Erhöhung der Steuern und
Postgebühren, 100 Millionen
durch Erhöhung der
Bahn- und Telegraphengebühren,
100 Millionen durch
Restriktionen; die
Bedeckung der restlichen
60 Millionen war bis in die
Abendstunden strittig.

Die Pläne auf Erhöhung
der Zuckerteuern um 30
Heller, auf Erhöhung der
Zigarettenpreise, sowie
Einführung einer
staatlichen Abgabe auf
Hausgehilfen sind gefallen.

Die Ausschüsse für Beamte
mit Mittelschulbildung
verbessert.

„D. Nov.“ weisen darauf
hin, daß unter den
Abgeordneten bedeutende
Erregung über die
früheren Verzögerungen,
über die Unvorbereitung
der ganzen Aktion
bezüglich der
Staatsangestellten-
gesetze, die sich schon
seit einem Jahre als
unwiderlegbar gezeigt
haben, herrscht. Die
ganze Angelegenheit
der Bedeckung war
durch den unerwarteten
Bedarf des
Fürsorgeministeriums
empfindlich kompliziert;
im Budget der
Invalidenunterstützungen
des genannten
Ministeriums zeigte
sich nämlich im
letzten Momente ein
Passivum von
über 300 Mill.
Kronen, für die
eine Bedeckung
gefunden werden
mußte. Dadurch
wurden alle
ursprünglichen
Berechnungen
hinfällig. Dem
Ministerium für
soziale Fürsorge
ward der Vorwurf
gemacht, daß es
die erhöhten
finanziellen
Ansprüche, die
aus der
heutigen Liquidierung
der
Invalidenprozesse
erfloßen,
voraussehen
mußte, aber im
Gegenteil einen
Budgetüberschuß
ankündigte, als
es sich um die
Berechnung
der
Hochschulzulagen
handelte. Unter
diesen Umständen
war es notwendig,
zu so unpopulären
Maßnahmen
zu greifen, wie
es die
Verteuerung
des
Personalarbes auf
den
Bahnen um 10
Prozent und der
Telephongebühren
um 20
Prozent ist.

Die Verhandlungen im Bergbau.

Einigung über eine Teuerungsaushilfe. — Entscheidende Reichskonferenz der Bergarbeiter am 18. Dezember.

In den Bestimmungen über die einjährige Aushilfe wurden noch einige Änderungen vorgenommen und besonders die Aushilfe für Beamte mit Mittelschulbildung verbessert. Es wurde hauptsächlich, daß dies auf Kosten der Hochschüler geschah denen die Zulage von 80 auf 50 Prozent herabgesetzt wurde. Von informierter Seite teilen „Bild. Nov.“ hingegen mit, daß erst vom künftigen Jahre ab diese Zulage 50 Prozent betragen und in Vierteljahrsraten ausbezahlt werden soll.

Die parlamentarische Behandlung.

Das Abgeordnetenhaus versammelt sich zu seiner nächsten Sitzung Montag, den 15. Dezember, um ein Uhr mittags. In dieser Sitzung wird das Gesetz über die Regelung der Staatsbeamtengehälter vorgelegt.

Dienstag: Erledigung im Ausschuss.
Mittwoch: Erledigung im Plenum. — Vorlage im Senat.
Donnerstag: Erledigung im Senatsausschuss.
Freitag: Erledigung im Senatsplenum.

Der Kumpfenat nimmt das Budget an.

Prag, 12. Dezember. In der heutigen Senatsitzung war die Präsenz eine lebhaftere und zwar deshalb, weil die Abstimmung über den Staatsvoranschlag für die Mittagsstunden „signalisiert“ war. Aber die Debatte zog sich unerwarteter Weise bis in die Abendstunden hin und endlich, um halb 7 Uhr abends erfüllten die Koalitionssenatoren ihre Aufgabe: sie erhoben einigemale ihre Hände — der Staatsvoranschlag war angenommen.

Der letzte Tag der Debatte brachte u. a. den Aufmarsch einiger tschechisch-jahwinistischer Redner auf der Tribüne. Der bekannte Gruha beklagte sich darüber, daß die „Germanisierung tschechischer Seelen“ fortdauert und der Oberstaatsminister warnte jene Faktoren, die ihre Stellung dazu ausnützen, daß sie auf eine deutsch-tschechische Regierungsmehrheit hinarbeiten. Die Beratung von Dursichen in die Regierung als Vertreter der deutschen Nation hält Redner für einen Bruch der Friedensverträge, da es nach seiner Meinung bei uns keine deutsche Nation, sondern nur Staatsbürger deutscher Zunge gibt! Das sagt ein Universitätsprofessor und dazu Koalitionssenator Senatoren Vesela.

Eine Reihe von Rednern polemisierte mit den Ausführungen des Genossen Dr. Heller. Insbesondere waren dies der tschechische Nationalsozialist Kofas und der tschechische Sozialdemokrat Dr. Soukup, der unserer Partei widerholt den Vorwurf des Nationalismus machte. Er sagte hierbei u. a.:

„Zu einer Absenz der Deutschen sind keine Gründe vorhanden. Unter außerordentlichen Verhältnissen und während einer Wirtschaftskrise ist es begreiflich, daß die Anträge der Opposition zum Budget ebenso rigoros abgelehnt werden müssen, wie die Koalition gegen Anträge aus ihren eigenen Reihen vorgegangen ist. Die Rede Dr. Hellers und die Kundgebungen Dr. Polachs in der Auslandspresse bereiten nur den Weg vom Sozialismus zum Nationalismus vor und können nicht zu einer Mitarbeit der Deutschen mit der tschechisch-slowakischen Arbeiterkraft führen. Von unseren Genossen in der gemeinsamen Internationale haben wir das Recht, zu fordern, daß ihre Kritik sachlich und wahr sei. Eine solche war aber ihre Kritik nicht und sie zeigen auch, was die Mängel in der Administration anbelangt, keinen gangbaren Weg für ihre Beseitigung, sondern begnügen sich damit, die tschechische Sozialdemokratie in die Opposition zu rufen.“

Durch den Austritt aus der Koalition würden wir den Staat nur in die Hände der Bürokratie und faule Bourgeoisie ausliefern. Wir werden den Weg der deutschen Sozialdemokraten nicht gehen. Uns wurde der Staat nicht geschenkt, wir mußten uns ihn erkämpfen und wir werden nie etwas tun, was die gesunde Entwicklung der tschechisch-slowakischen Republik vernichten würde. Wir haben dieser Republik sowohl gepredigt, wie keine andere Partei: die deutsche Sozialdemokratie hat uns nie, weder mit einem Wort noch mit einer Tat, unterstützt. Auch ihre heutige Absenz kann dieses Verhältnis nicht verbessern.“

Wir werden auf diese Rede noch zurückkommen.

Zusammenstoß zwischen dem Innenminister und Dr. Soukup

Soukup ist erste nämlich in seiner Rede ein im tschechisch-merikanischen Prager Verlag erschienenen Buch, in dem der Präsident der Republik in grober Weise beleidigt wird. Die tschechischen Sozialdemokraten sammelten sich hierbei um Dr. Dolansky und riefen ihn, in stürmischer Weise protestierend, zu: „Bjui, Schands, Skandala!“

Der Justizminister erhob sich zu einer kurzen Erklärung, in der er die Angelegenheit auf gleichem Wege zu behandeln verspricht.

Nächste Sitzung: Dienstag, 16. Dezember, 16 Uhr.

Prag, 12. Dezember. Das Bureau der koalitierten Bergarbeiterverbände teilt mit: Bei den heute in Prag zwischen den Vertretern der koalitierten Bergarbeiterverbände und dem Verband der Grubenbesitzer stattgefundenen Verhandlungen wurde eine Einigung betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Teuerungsaushilfe erreicht. Auf dieser Grundlage werden in den allernächsten Tagen Verhandlungen zwischen den einzelnen Nebieren durchgeführt werden. Das Gesamtergebnis der Verhandlungen wird der Reichskonferenz der Bergarbeiter, welche auf den 18. Dezember nach Prag einberufen wird, vorgelegt werden, welche definitive Entscheidungen treffen wird.

Gegen den Abbau der Staatsangestellten!

Für den Achtstundentag in den Staatsbetrieben.

Auf dem Karlsbader Gewerkschaftskongress wurde der nachstehende Antrag des Kartells der Verbände öffentlicher Angestellter angenommen:

Seit dem Umsturz war der Staat bemüht, seinen Einfluß als Arbeitgeber auf immer weitere Schichten der Bevölkerung zu verstärken. Grund und Boden wurden beschlagnahmt, Wälder enteignet und in staatlich Verwaltung überführt. Die Quellen, Erze und Schmelzungen, sowie Wasserkräfte suchte der Staat in jedem möglichen Maße zu erwerben. Privatbahnen wurden den Eisenbahngesellschaften abgekauft. Dies alles führte naturgemäß zu einer beträchtlichen Vermehrung des Personals, die Ausgaben für dasselbe nahmen immer größeren Umfang an, obwohl die Löhne im Durchschnitt nur zwei Drittel der Friedenslöhne betragen und das Personal mit Rücksicht auf die bestehende gesetzliche Arbeitszeitbestimmung in diesen Ressorts durchaus unzulässig ist.

Dieses Gesetz, welches für die Arbeiterschaft und damit für den überwiegenden Teil des Volkes von größter gesundheitlicher und sozialer Bedeutung ist, zu umgehen und zu durchbrechen. In Erkenntnis des hohen kulturellen Wertes der 48-Stundenarbeitswoche hat es die Arbeiterschaft bisher verstanden, diese Anschläge mit geringen Ausnahmen mit Erfolg abzuwehren.

Seit dem Bestande des Gesetzes über die 48-Stundenwoche ist die gesamte Unternehmerschaft der Republik bestrebt, ihr zur Verfügung stehenden Mitteln aus machtpolitischen Gründen

dieses Gesetz, welches für die Arbeiterschaft und damit für den überwiegenden Teil des Volkes von größter gesundheitlicher und sozialer Bedeutung ist, zu umgehen und zu durchbrechen. In Erkenntnis des hohen kulturellen Wertes der 48-Stundenarbeitswoche hat es die Arbeiterschaft bisher verstanden, diese Anschläge mit geringen Ausnahmen mit Erfolg abzuwehren.

Seit dem Umsturz war der Staat bemüht, seinen Einfluß als Arbeitgeber auf immer weitere Schichten der Bevölkerung zu verstärken. Grund und Boden wurden beschlagnahmt, Wälder enteignet und in staatlich Verwaltung überführt. Die Quellen, Erze und Schmelzungen, sowie Wasserkräfte suchte der Staat in jedem möglichen Maße zu erwerben. Privatbahnen wurden den Eisenbahngesellschaften abgekauft. Dies alles führte naturgemäß zu einer beträchtlichen Vermehrung des Personals, die Ausgaben für dasselbe nahmen immer größeren Umfang an, obwohl die Löhne im Durchschnitt nur zwei Drittel der Friedenslöhne betragen und das Personal mit Rücksicht auf die bestehende gesetzliche Arbeitszeitbestimmung in diesen Ressorts durchaus unzulässig ist.

Dieses Gesetz, welches für die Arbeiterschaft und damit für den überwiegenden Teil des Volkes von größter gesundheitlicher und sozialer Bedeutung ist, zu umgehen und zu durchbrechen. In Erkenntnis des hohen kulturellen Wertes der 48-Stundenarbeitswoche hat es die Arbeiterschaft bisher verstanden, diese Anschläge mit geringen Ausnahmen mit Erfolg abzuwehren.

Seit dem Umsturz war der Staat bemüht, seinen Einfluß als Arbeitgeber auf immer weitere Schichten der Bevölkerung zu verstärken. Grund und Boden wurden beschlagnahmt, Wälder enteignet und in staatlich Verwaltung überführt. Die Quellen, Erze und Schmelzungen, sowie Wasserkräfte suchte der Staat in jedem möglichen Maße zu erwerben. Privatbahnen wurden den Eisenbahngesellschaften abgekauft. Dies alles führte naturgemäß zu einer beträchtlichen Vermehrung des Personals, die Ausgaben für dasselbe nahmen immer größeren Umfang an, obwohl die Löhne im Durchschnitt nur zwei Drittel der Friedenslöhne betragen und das Personal mit Rücksicht auf die bestehende gesetzliche Arbeitszeitbestimmung in diesen Ressorts durchaus unzulässig ist.

Der Handelsvertrag mit Oesterreich.

Vor kurzer Zeit hat die Tschechoslowakei mit dem für uns wirtschaftlich am meisten in Betracht kommenden Nachbarstaat einen Handelsvertrag abgeschlossen. Charakteristisch für das Vorgehen der tschechoslowakischen Bürokratie ist hierbei, daß die Öffentlichkeit von dem Inhalt des Vertrages dadurch erfahren hat, daß ihn Wiener Blätter zu einer Zeit veröffentlicht haben, wo es die tschechoslowakische Regierung noch längst nicht für nötig gehalten hat, den Inhalt des Vertrages bekanntzugeben. Die Tschechoslowakei ist eben ein Obrigkeitstaat, der von der Bürokratie verwaltet wird, während man in Oesterreich der Öffentlichkeit sofort die Möglichkeit gegeben hat, den Vertrag kennen zu lernen und zu kritisieren.

Der Handelsvertrag mit Oesterreich ist für die tschechoslowakische Volkswirtschaft von weitaus größerer Bedeutung. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug unsere Gesamtexporte einschließlich Wälder, davon gingen nach Oesterreich allein zwei Drittel Mill. an. Oesterreich ist unter unseren Ausfuhrländern an erster Stelle, mehr als ein Fünftel unserer Ausfuhr — genau 21,5 Prozent — gingen im erwähnten Zeitraum nach Oesterreich. Die Förderung unserer Ausfuhr nach Oesterreich bedeutet schon eine bedeutende Förderung unserer Gesamtexporte. Eine geringe Rolle spielt Oesterreich für uns in der Einfuhr. Von unserer Gesamtimporte von 51 Milliarden in dem erwähnten Zeitraum kamen kaum 900 Millionen aus Oesterreich, das sind also acht Prozent. Immerhin steht Oesterreich unter den Einfuhrländern an zweiter Stelle (hinter Deutschland). Einfuhr wurden aus Oesterreich in die Tschechoslowakei in erster Linie Textilwaren im Betrag von 385 Millionen (davon allein Seidenwaren im Werte von über 200 Millionen), dann Getreide, Mehl und Mahlprodukte (135 Millionen), Eisen und Eisenwaren (61 Millionen), elektrische Maschinen und Apparate (46 Millionen) und Abfälle (27 Millionen). Was die Einfuhr tschechoslowakischer Waren nach Oesterreich betrifft, so spielen die entscheidende Rolle Textilwaren, von denen wir etwa für 1100 Millionen nach Oesterreich ausgeführt haben, dann kommen Kohle und Holz im Betrag von 433 Millionen. Ruder im Werte von 215 Millionen, Eisen und Eisenwaren im Werte von 106 Millionen.

Das Besondere an dem Vertrag mit Oesterreich ist, daß es ein Tarifvertrag ist. Nach dem Abreise wurden zwischen der Tschechoslowakei und allen anderen Staaten nur Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen, die natürlich von viel geringerem Wert sind als Tarifverträge. Nehmen wir ein Beispiel. Wir haben mit Italien einen Handelsvertrag abgeschlossen, durch welchen wir die Zölle auf Süd-

früchte herabgesetzt haben. Wenn wir nun mit Oesterreich einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen hätten, hätten wir Oesterreich nur jene Begünstigungen gewährt, die wir auch anderen Staaten zulassen lassen, in diesem Falle eine Herabsetzung der Zölle auf Südfrüchte. Diese Herabsetzung hätte für Oesterreich keinen Wert, weil Oesterreich zu uns keine Südfrüchte einführt und wir würden daher von Oesterreich auch keine entsprechende Herabsetzung der österreichischen Einfuhrzölle gegenüber der Tschechoslowakei erhalten. Unsere Volkswirtschaft hätte also in diesem Falle keinen Vorteil von der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an Oesterreich. Das Wesen eines Tarifvertrages ist es, daß dem anderen Staate Zollermäßigungen bei jenen Warenartungen gewährt werden, an denen er interessiert ist, wesswegen er auch seinerseits zu Konzessionen bereit ist. Wenn wir also Oesterreich Tarifermäßigungen gewähren bei jenen Waren, auf deren Einfuhr in die Tschechoslowakei es Wert legt, dann ist zu erwarten, daß auch Oesterreich der Tschechoslowakei Zollbegünstigungen für tschechoslowakische Exportartikel gewährt. Solche Tarifverträge wurden bisher mit Frankreich und Italien abgeschlossen und nun auch mit Oesterreich. Der Handelsvertrag mit Oesterreich ist also das erste große Tarifabkommen zwischen den Nachbarstaaten des alten Oesterreich Ungarn.

Die Zahl der Zollbegünstigungen, die beiden Staaten einander gewährt haben, ist nicht gering. Sie betrifft ungefähr ein Drittel aller Zolltarifpositionen. Die österreichischen Zollermäßigungen erstrecken sich hauptsächlich auf folgende wichtige tschechoslowakische Exportwaren: Bier, Gerste, Glas, Porzellan, landwirtschaftliche Maschinen und Textilwaren. Dagegen gewährt die Tschechoslowakei Oesterreich Zollermäßigungen hauptsächlich bei folgenden Waren: Textilartikel, Papier, Eisen und Eisenwaren sowie anderen Metallwaren, Maschinen und Apparate.

Jeder Handelsvertrag ist ein Kompromiß zwischen den Standpunkten der Wirtschaftsinteressen beider Staaten. So ist es auch beim österreichischen Handelsvertrag. Beide Staaten haben einander wertvolle Begünstigungen gewährt, die bei einer vernünftigen inneren Wirtschaftspolitik zur Förderung der Industrie beider Staaten beitragen und die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden aufeinander angewiesenen Nachbarländer festgen können. Etwas günstiger hätte dabei die tschechoslowakische Textilindustrie abschneiden können. Erwägt man, daß die Einfuhr tschechoslowakischer Textilwaren nach Oesterreich weit über eine Milliarde tschechoslowakischer Kronen beträgt, also nicht weniger als zehn Prozent der Gesamtexporte der Tschechoslowakei überhaupt, dann hätte man von den Unterhändlern erwarten können, daß sie das Hauptgewicht auf die Herabsetzung der österreichischen Textilzölle hätten

legen sollen. Daß sie es nicht getan haben und daß sie bei dieser Frage nach ebiger gewesen sind als es unbedingt notwendig gewesen wäre, ist ein Mangel des Vertrages. Aber immerhin macht der Abschluß des Handelsvertrages eine Förderung der Exportindustrie in der Tschechoslowakei möglich. Es ist nun notwendig, daß der Handelsvertrag vom Parlament bald beschließen und ratifiziert wird und daß die Regierung im Lande selbst keine Produktionsbedingungen schafft, die es der Industrie ermöglichen, vom Handelsvertrag mit Oesterreich, ebenso wie von den in nächster Zeit abzuschließenden Handelsverträgen — insbesondere der Abschluß von Handelsverträgen mit Deutschland, Ungarn und Polen drängt — Nutzen ziehen.

Inland.

Die Frage der Einheitsfront der Oppositionsparteien.

Sitzung des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Am 11. Dezember 1924 fand eine gemeinsame Sitzung des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren statt. Es wurde zunächst die Ergänzungswahl des Präsidiums des Abgeordnetenklaubs vorgenommen und hierbei der bisherige zweite Stellvertreter des Vorsitzenden, Genosse Sillebrand, zum ersten und Genosse Adolf Böhl zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt.

Sodann erstattete der Vorsitzende Genosse Dr. Czech den politischen Bericht und unterbreitete den Vorschlag der deutschen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft auf Bildung einer Oppositionsfront zur Verhandlung. Nach eingehender Aussprache, an der sich die Mehrzahl der Klubmitglieder beteiligte, wurde einstimmig der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Aus Anlaß der Stellungnahme zu der an uns ergangenen Einladung zur Bildung einer ständigen Einheitsfront sämtlicher deutscher, tschechischer, ungarischer, slowakischer und karpatharischer Oppositionsparteien halten wir es für geboten, zu erklären, daß wir unseren Kampf um unsere wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen nationalen Forderungen nach wie vor ausschließlich nach sozialistischen Methoden führen und uns hierbei vollkommene Selbstständigkeit und vollkommene Freiheit in der Wahl unserer Kampfmittel wahren werden. In dieser Politik werden wir unberührt durch alle Schlagworte, aus welchem Lager sie immer kommen mögen unberührbar festhalten.“

Aus allen diesen grundsätzlichen Erwägungen, aber auch wegen Verschiedenheit der Kampfsiele vermögen wir der beantragten ständigen Oppositionsfront nicht beizutreten, sind aber im übrigen der Meinung, daß es der Einsetzung eines ständig parlamentarisch-tschechischen Apparat gar nicht bedarf um in gewissen Situationen zur Durchsetzung bestimmter Ziele ein parlamentarisch-tschechisches Zusammengehen der gesamten Opposition des Parlamentes etwa nach dem Vorbild der letzten parlamentarischen Protestaktion von Fall zu Fall zu ermöglichen.

Da sich das gegen das herrschende Regierungssystem aus Anlaß der Budgetberatung angewendete Kampfmittel als durchaus wirkungsvoll erwiesen hat, behalten wir uns in unserem weiteren Kampf gegen das undemokratische und nationalistische Koalitionsregime die Anwendung gleicher oder aber der jeweiligen Situation angepaßter anderer Kampfmittel und Kampfmethoden vor.“

Hierauf gelangten einige legislative und administrative Angelegenheiten des Klubs zur Beratung.

Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt, wie die „Bohemia“ erfährt, in einem Kommuniqué den Beschluß der sozialdemokratischen Partei, „für das elastische System eines ad hoc-oppositionellen Klubs“.

Die Staatsbeamtenvorlagen. Das „Právo Lidu“ schreibt in seinem gestrigen Abendblatt: „In der Nacht auf heute wurden zwischen den Koalitionsparteien die Verhandlungen über die Gesetzesvorlagen betreffend die Verhältnisse der Staatsangestellten zu Ende geführt, die Vorlagen kommen nun ins Parlament. Alles, was vereinbart wurde, hat den Charakter des Provisoriums, denn die ständige Regelung der Gehälter und Dienstverpflichtungen und Rechte der Staatsangestellten werden erst ungefähr in einem halben Jahr bei der Verhandlung der neuen Dienstpragmatik geregelt werden. Darüber wird allerdings ein neuer jäh Kampf geführt werden, insbesondere ein Kampf zwischen den nationaldemokratischen Verfechtern des Systems der „durchgewetzten Dosen“ und zwischen den Parteien, welche auf die Funktion des Beamten und Staatsangestellten von einer höheren Warte blicken und danach streben, daß der Staatsdienst nicht nach der Zahl der Dienstjahre, sondern auch nach der Qualifikation und den Verdiensten entlohnt werde. Diese neue Dienstpragmatik wird unter Teilnahme der Vertreter der Gewerkschaftsorganisation der Staatsangestellten verhandelt werden, die in ihrer Mehrheit sich gegen den Standpunkt der Nationaldemokratie erklären. Die Staatsangestellten aller Kategorien werden die Möglichkeit haben, ihre Ansicht vorzutragen und das Gewicht ihrer Organisationen in die Waagschale zu werfen.“

Das Falkenkreuz ist siegreich — in Niederösterreich. Dem „Tag“ ist es begreiflicherweise peinlich, von den deutschen Wahlen zu sprechen. Er bringt die Rede gern auf andere Dinge, die den „Vormarsch“ der Nationalsozialisten besser dastehen können. Unvorsichtig aber ist es vom „Tag“ dabei soweit übers Ziel zu schießen, daß er von einem „Vormarsch“ zu sprechen wagt. Allerdings ist mit dem Vormarsch nicht der in Deutschland gemeint, wo man es in einem halben Jahr auf einen Verlust von 60 Prozent brachte, sondern der Vormarsch der Gelben in — Niederösterreich. Die dortigen Gemeindevahlen haben den Falkenkreuzlern von 19.000 Mandaten 90 gebracht. Davon sind allerdings 79 Neuerwerbungen, da die Falkenkreuzler ja erst seit zwei Jahren in Niederösterreich ihr Unwesen treiben. Die Gemeindevahlen haben gezeigt, daß es sich bei dem nationalen Sozialismus in Österreich nur um einen kleinen Verein von Kaufleuten handelt, daß sie als Partei überhaupt nicht zu werten sind. Der „Tag“ aber weiß von einem Vormarsch, auf dem man schon nach den nächsten Parlamentswahlen ausschauen kann. Vorläufig könnten die Gelben doch mit den deutschen Wahlen genug haben. Es ist eine mehr als lächerliche Taktik, das Hauptgewicht in dem Augenblick auf den Nebenfigurschauplatz zu legen, in dem man auf dem Hauptkriegsschauplatz geschlagen wird. Der Nationalsozialismus bricht in Deutschland zusammen, aber er marschiert in — Oberhollabrunn! Mehr kann man nicht verlangen, wir sind ebenso zufrieden wie der „Tag“.

Musland.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Polens.

In Bieliß fand dieser Tage der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei Polens statt. Die deutschen Sozialdemokraten sind in Polen allerdings nur eine kleine politische Partei, da sie aber weite Arbeiterschichten Oberschlesiens, des Teschener Gebietes und der nationalen Minderheiten in den Städten vertreten, kommt ihnen auch in der internationalen Bewegung Bedeutung zu. Der Parteitag beschäftigt sich mit dem internationalen Zusammenschluß der verschiedenen sozialistischen Parteien und bedauert es, daß die polnische sozialdemokratische Partei nicht die Initiative hierzu ergriffen hat. Die polnische Arbeiterschaft leidet unter ähnlichen Verhältnissen wie die tschechoslowakische. Allerdings hat die polnische Sozialdemokratie sich nicht in dem Maße in den Dienst ihrer Bourgeoisie gestellt, wie es die tschechische Sozialdemokratie getan hat. Dennoch spielt die nationale Frage eine große Rolle in der Politik der deutschen Sozialdemokraten und die Resolutionen des Parteitages laufen zum großen Teil auf eine Regelung der nationalen Frage hinaus. Unsere Genossen verlangen national-kulturelle Autonomie und Schutz der Existenz der nationalen Minderheiten durch die Verfassung. Von unserer Partei war Genosse Joki als Vertreter auf dem Bielißer Parteitag anwesend, der, lebhaft begrüßt, dem Parteitag die Grüße unserer Partei überbrachte. Er führte aus: Als ich heute in sehr früher Morgenstunde in Bieliß landete nach einer ziemlich langen Verfallungstour, die ich in Deutschland hilfsweise machte, da war ich tiefbewegt. Die Erinnerung stieg in mir auf an alle die Kämpfe, an die schlechten und guten Zeiten, die wir gemeinsam durchgemacht haben. Wenn uns auch alle Genossen in der Internationale lieb und wert sind, so wirkt das alte Band der Freundschaft und Zusammengehörigkeit doch noch weiter. Wenn wir uns auf Ihrem Kongress hier treffen, so fühlen wir erst so recht, daß unsere Schicksalsgemeinschaft absolut unzertrennbar ist. Das alte Österreich wurde zerfallen, aber eine Reihe „neuer Österreichs“ sind entstanden. Die großen Hoffnungen, die wir auf die Neugründungen gesetzt haben, haben sich leider noch nicht erfüllt. Dem Proletariat sind überall die gleichen Probleme gestellt worden. Auch wir sind davon durchdrungen, daß eine Einheitsfront notwendig ist. Nur durch eine Einheitsfront kann ein erfolgreicher Klassenkampf geführt werden. Wir deutsche Sozialdemokraten werden alles tun, um diese Einheitsfront zu ermöglichen.

Polnisch-russische Konferenz. Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erhält von dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei Polens (P.P.S.) folgenden Bericht: Am 22. und 23. November wurde in Teschen die Konferenz der Sozialistischen Partei Polens (P.P.S.) und der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Rußland (S.R.) abgehalten. Von der ersten waren anwesend die Genossen Czypinski, Holowko, Niedziakowski, von der letzteren Tschernow, Wla, Kurewicz, Stalinski. Die Konferenz stellte fest, daß die beiden Parteien einig sind im energischen Kampf gegen die nationale Propaganda, sowohl gegen die antirussische in Polen wie gegen die antipolnische in Rußland. Sie wendet sich gegen jede Politik des Militarismus oder der Intervention und tritt für die Annäherung der polnischen und der russischen Völker ein. Die beiden Parteien sind im Prinzip einig, daß es am Platze wäre, im nächsten Jahre eine erweiterte Konferenz einzuberufen, die die sozialistischen Parteien von Osteuropa umfaßt, um zu versuchen, für die Probleme, die speziell die Länder des Ostens betreffen, und für den gemeinsamen Kampf gegen die bolschewistische Propaganda eine gleichgerichtete Politik zu begründen. Ueber die Einberufung dieser Konferenz soll die Exekutive der S.A.I. in ihrer Tagung im Januar entscheiden. Es wurde darauf das Problem der

Zentrum gegen Bürgerblut.

Der Kampf der Deutschnationalen gegen die Republik.

Berlin, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler empfing heute vormittags die Führer der Koalitionsparteien. Er gab einen Bericht über die letzten Verhandlungen im Kabinett und erklärte nochmals, daß er unter keinen Umständen die Bildung eines Bürgerblodes übernehmen werde. Gleichzeitig gab er zu erkennen, daß die Beteiligung des Zentrums an einer solchen Regierung mehr als zweifelhaft sei. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages lehnt jeden Versuch, die Preußenkoalition zu sprengen, ab. Für den Fall, daß die deutsche Volkspartei einen solchen Versuch unternimmt, würde sich die Preussische Zentrumsfraktion an der Erweiterung einer Regierung nach rechts nicht beteiligen. Daß die Deutschnationalen planlos an der Bekämpfung der republikanischen Einrichtungen arbeiten, geht aus einer Meldung des „Kölnener Tageblattes“ hervor, wonach von deutschnationaler Seite versucht wurde, den Kampf um die Beseitigung des Reichspräsidenten Ebert sofort nach Beendigung des gegenwärtig noch schwebenden Magdeburger Prozesses mit allem Nachdruck aufzunehmen. Für die Neuwahlen haben sie bereits den bisherigen Reichspräsidenten Wallraff in Aussicht genommen. Die „Nationalpost“, das offizielle Organ der Deutschnationalen, fordert, daß ihre Partei unter

allen Umständen das Ministerium des Innern erhalte. Ebenso soll der Landtagspräsident von Preußen ein Mitglied der Rechtspartei werden.

Berlin, 12. Dezember. Bei der Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern der Koalitionsparteien, die heute vormittags stattfand, legte der Kanzler eingehend die Gründe dar, warum er für seine Person die Bildung einer Bürgerblodregierung ablehne. Er erwähnte, daß er im außerpolitischen Interesse eine einseitige Erweiterung nach rechts für untragbar halte. In der Aussprache lehnten die Demokraten dem „Tageblatt“ zufolge die Beteiligung an einer Rechtsregierung eindeutig ab. Der volksparteiliche Abgeordnete Scholz teilte noch einmal die Entscheidung seiner Fraktion mit, daß sie sich nur an einer Regierungsbildung auf rein bürgerlicher Grundlage beteiligen werde. Die Zentrumsführer erklärten, nichts im Namen ihrer Fraktion sagen zu können, da diese erst am Mittwoch zusammenstele.

Die Blättermeldungen über einen etwaigen Zusammentritt des Reichstages nach vor Weihnachten wird jetzt als unrichtig bezeichnet. Nach einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern kann die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses frühestens am 27. Dezember erfolgen, so daß es bei der Einberufung des Reichstages für den 5. Jänner bleiben dürfte.

Helphand (Barons) gestorben.

Berlin, 12. Dezember. Der unter dem Namen Parvus bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Helphand, der in der deutschen und in der russischen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle spielte, ist im Alter von 57 Jahren den Folgen eines Schlaganfalles erlegen. (Parvus war der Begründer des Verlages für soziale Wissenschaften und der sozialdemokratischen Wochenschrift „Die Glode“, die er mit großen kaufmännischen Erfolgen führte, so daß phantastische Gerüchte über seinen Reichtum umgingen, die der „Vorwärts“ für stark übertrieben erklärt.)

„Stahlhelm“ — Gummimittel.

Berlin, 12. Dezember. Laut einer Meldung des „Berliner Tagblattes“ aus Breslau, hatte der Stahlhelm der schlesischen Stadt Zobten, bei einer Nachübung, die er mit mehreren Ortsgruppen abhielt, in dem Dorfe Bankwitz einen Zusammenstoß mit der Bevölkerung des Ortes, in dessen Verlauf die Stahlhelmlente mit Gummimitteln auf die Ortsansässigen vorgingen, wobei sie einen Einwohner erschlugen.

Andere französische Genossen für Kürzung des Militärbudgets.

Ein erfolgreicher Antrag in der Kammer.

Paris, 12. Dezember. In der Nachmittags-sitzung der Deputiertenkammer wurde der sozialistische Antrag, im Kredite für das Militär eine Post von 20 Millionen Franken zu streichen, um das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaftenspersonen auf der Grundlage des Jahres 1914 auszugleichen, mit 302 gegen 267 Stimmen angenommen. Unter anderem wurde angeführt, daß 553 Offiziere in den Zentralstellen überflüssig seien. Im ganzen sollen gegen 5000 Offiziere entlassen werden. Die Kammer hat den Antrag angenommen, wiewohl der Kriegsminister und der Militärausschuß sich gegen eine Herabsetzung des Kredites ausgesprochen haben.

In der Nachmittags-sitzung wurde u. a. ein Vorschlag auf Streichung von 20 Millionen aus dem Kredite für die Gendarmerie abgelehnt.

Wirren in Albanien.

Belgrad, 12. Dezember. (Abala.) Die hiesigen Blätter melden aus dem Grenzgebiete, daß sich die Wirren in Albanien empfindlich zu verstärken scheinen. Das gesamte Gebiet von Djuma sei im Aufstande und weitere Stämme schließen sich der Bewegung an. Im Gebiete Mati seien auf Befehl der Regierung in Tirana zahlreiche Anhänger Ahmed Bey Zogus, der als Anführer des gesamten Aufstandes angesehen wird, samt ihren Frauen verhaftet worden, was bei der muslimanischen Bevölkerung äußerste Entrüstung hervorgerufen habe. In Skutari sei das Haus des ehemaligen Bürgermeisters von Anhängern der Regierung zerstört worden. Die serbischen Blätter führen die Bewegung auf den von der Regierung ausgeübten Druck wegen der am 20. Dezember stattfindenden Wahlen zurück.

Stellung des Sozialismus gegenüber dem Kommunismus erwärt. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß die Sozialisten in dem Ideenkampf gegen den Kommunismus die Offensive ergreifen sollen, indem sie jede Theorie der militärischen Intervention in die Angelegenheiten Rußlands absolut juridisch sen. Die russischen Delegierten gaben schließlich ihre Wünsche hinsichtlich der Lage der russischen sozialistischen Emigranten in Polen und der Hilfe, die sie von den polnischen Genossen erwarten dürfen, bekannt.

Attentatsversuch auf Krasin.

Paris, 12. Dezember. (Havas.) Die das Gebäude der Sowjetbotschaft bewachende Polizei verhaftete gestern nachmittag eine Frau, die sich auffallend lang vor dem Gebäude aufhielt. Auf eine Frage des Polizeinspektors sprach sie verächtlich von Krasin und erklärte, daß sie hierher kam, um ihn zu erschließen. Bei ihr wurde ein Revolver kleinen Kalibers gefunden. Auf dem Kommissariate gab sie an, russischer Abstammung, die Witwe nach einem Schriftsteller und mit einem amerikanischen Staatsangehörigen verheiratet zu sein. Sie wolle ihre Verwandten rächen, die durch das bolschewistische Regime ums Leben gekommen sind.

Die verhaftete Frau ist eine vierzigjährige Witwe mit Namen Dickson, die sich in New York verheiratet hat. In der letzten Zeit hielt sie sich in Italien auf wo sie den Revolver kaufte. Bei ihr wurden 40 Patronen und ein Brief in italienischer und russischer Sprache gefunden. Die Verhaftete wurde ins Gefängnis gebracht. Da sie aber nur des unbefugten Waffentragens beschuldigt ist, wird sie nach fünf Tagen auf freien Fuß gesetzt.

Die Anerkennung Rußlands durch Amerika veragt.

Paris, 12. Dezember. Wie der „Matin“ aus Washington meldet, wurde in der gestrigen Sitzung des Auswahnschusses des Senats beschlossen, die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung auf unbestimmte Zeit zu verlagern.

Eine herzliche Unterredung.

Rom, 12. Dezember. (Stefani.) Ministerpräsident Mussolini empfing heute vormittags 11 Uhr den Minister des Äußereren Dr. Benes und hatte mit ihm eine längere, herzliche Unterredung.

Kein Telephonstreik in Oesterreich.

Wien, 12. Dezember. (Eigenbericht.) Die Gefahr des Telephon- und Telegraphenstreikes, die heute noch sehr drohend erschien, ist abgewendet worden. Im Laufe des Tages wurde bei der Regierung interveniert, um auf die Generaldirektion des Telegraphenamtes günstig einzuwirken. Eine Deputation der Technischen Union erschien beim Generaldirektor Dheisel und es gelang noch eine Reihe von Zugeständnissen, namentlich für die im Kollektiv-Vertrage stehenden Arbeiter, zu erwirken. Die Vertrauensmännerparlamentarier, die um sechs Uhr zusammentrat, nahm nach einer erregten Debatte mit Stimmenmehrheit bei zahlreicher Stimmhaltung einen Antrag an, der die Zugeständnisse zur Kenntnis nahm.

Drohender Streik der Wiener Pharmazeuten.

Wien, 12. Dezember. Wie mitgeteilt wird, sind die Pharmazeuten der Wiener Apotheken für den Fall, daß die Verhandlungen mit den Apotheken-Besitzern und der Regierung zu keiner Einigung in der Gehaltsfrage führen werden, entschlossen, am Montag in den Streik zu treten.

Tschechoslowakisch-ungarische Handelsvertragsverhandlungen.

Budapest, 12. Dezember. M.T. meldet: Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn wurden Mittwoch eröffnet und während der dreitägigen Verhandlungen wurden alle Fragen aufgestellt, deren Regelung zur Komplettierung der im Jahre 1922 abgeschlossenen Rahmenverträge notwendig erschienen. Insbesondere auf dem Zolltarifarischen Gebiete wurden die Wunschlisten ausgetauscht und für die spätestens Mitte Januar aufzunehmenden Verhandlungen die Verhandlungsmethoden festgelegt. In der Zwischenzeit wird in erster Linie beiderseits mit den unteren Wirtschaftsorganen in den betreffenden Zollfragen Kontakt aufgenommen.



Schafem und Endendorff nach der Schlacht.

Wie wird die Kriegsanleihe eingelöst?

Die Durchführungsverordnung.

In den nächsten Tagen erscheint die Durchführungsverordnung zum Kriegsanleihegesetz. Die „Tribuna“ veröffentlicht bereits die Grundzüge dieser Verordnung. Die wichtigsten Bestimmungen darin sind:

1. Anmeldung des Anspruches. Der Anspruch auf die Auswechslung von Kriegsanleihen gegen Ersparnisse muß durch eine besondere Anmeldung geltend gemacht werden. Für die Ueberreichung von Anmeldungen wird eine Verfallfrist vom 15. April bis 30. Juni 1925 inklusive festgesetzt. Die Anmeldung ist bei jenem Steueramte zu überreichen, in dessen Bezirk der Besitzer der Kriegsanleihen seinen Wohnsitz oder am 15. April 1925 seinen Sitz hat. Die Anmeldung muß mit Nachweisung über die entscheidenden Umstände belegt und ihr auch die Kriegsanleihen angeschlossen sein.

2. Nachweis der Staatsangehörigkeit und des Aufenthalts. Der Eigentümer der Kriegsanleihen muß vor allem nachweisen, daß er tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist, daß er seinen statutarischen oder gesetzlichen Sitz schon am 28. Oktober 1918 in diesem Staate hatte und ihn noch ununterbrochen im Gebiete der tschechoslowakischen Republik hat, oder daß er sie nach dem 28. Oktober 1918 in die tschechoslowakische Republik auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember 1919 oder des Gesetzes vom 15. Juli 1919 übertragen hat. Der Besitzer muß weiter seinen ununterbrochenen Aufenthalt im Inlande vom 1. Jänner 1924 sowie einen Wohnsitz am 15. April 1925 nachweisen. Der Nachweis über den Wohnsitz ist nicht notwendig, wenn der Besitzer der Kriegsanleihe nachgewiesen hat, daß er seinen statutarischen oder gesetzlichen Sitz schon am 28. Oktober 1918 im Gebiete dieses Staates hatte und ihn noch ununterbrochen hat oder diesen Sitz infolge Restriktionen nach dem 28. Oktober 1918 in die Tschechoslowakei verlegt hat.

3. Schriftliche eidliche Erklärung über Kriegsanleihebesitz und Vermögen. Personen, die der Vermögenssteuer im Prinzip unterworfen sind, überreichen den Nachweis über die Höhe des Vermögens durch Bestätigung der Behörde, die zur Bemessung der Vermögensabgabe kompetent ist. Personen, welche überhaupt der Vermögensabgabe nicht unterworfen sind, überreichen schriftlich die Erklärung über die Höhe des Vermögens zur Zeit der Deponierung der Kriegsanleihe behufs Auswechslung und überdies die Bestätigung des Steueramtes, in dessen Bezirk sie am 1. Jänner 1924 gewohnt haben, daß sie nämlich der Vermögensabgabe nicht unterworfen sind. Personen, die von der Vermögensabgabe nach § 43 des Gesetzes über die Vermögensabgabe befreit sind, sind nicht verpflichtet, Nachweise über die Höhe des Vermögens zu überreichen. Der Beweis darüber, daß der Besitzer der Kriegsanleihe nicht mehr als 125.000 K. Anleihe, namentlich aber kein Barvermögen zur Zeit der Deponierung der Anleihe behufs Austausch besitzt, wird durch eine schriftliche eidliche Erklärung des Eigentümers erbracht. In der Anmeldung sind auch die im Auslande deponierten Kriegsanleihen anzuführen. In die Summe von 125.000 K. nominale Kriegsanleihen werden auch die Kriegsanleihen gerechnet, die der Besitzer selbst zum Umtausch für 4. Staatsanleihe angemeldet hat. Solche Kriegsanleihen müssen in der Erklärung angegeben werden. Der Vorstand der Haushaltung überreicht für sich und für die Angehörigen seines Haushaltes, deren Vermögen zu seinem Vermögen hinzugerechnet wird, eine Anmeldung bei dem kompetenten Amte. Der Beweis darüber, ob der Besitzer der Kriegsanleihen diese seit dem 28. Oktober 1918 in seinem ununterbrochenen Besitz hat, wird durch gerichtliche oder notariell beglaubigte Abschriften aus den Geschäftsbüchern oder durch eine schriftliche eidliche Erklärung, eventuell durch eine durch Eid bekräftigte Einvernahme der Partei erbracht.

4. Die Ersparnisse lauten auf den Empfänger und werden längstens in 90 Jahren amortisiert, vom Jahre 1935 beginnend. Alljährlich wird mindestens ein Reuzigstel der Gesamthöhe der ursprünglichen Schuld amortisiert. Die Tilgung ist pupillarischer.

Debitentrie.

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	100 Kr.	Dollar	3.0225
Paris	100	Schweiz. Franc	15.5750
Berlin	1	Mark	126.900.000.000/00
Wien	1	Ökkr.	2.145/00

Arbeiterin.

Der Maschine hier, davor ich stehe,
war ich lange vor dem Mann vermählt.
Was zerbrach in dieser harten Ehe,
oft hab ich es trauernd überzählt.

Weich sind meine Hände nie gewesen,
Eisen ist so hart fast wie die Not.
Schaut hinein und wolle: Ihr könnt drin leben
von dem schweren Kampf um Licht und Brot.

Zwischen Fron und Heiner Freude gehen
wettert die Lage grau vorbei.
Einmal aber muß die Sonne sehen
auf das trübe, krumpe Einertei.

Karl Bröger.

Die deutschen Frauen und die Reichstagswahlen.

Unmittelbar vor den Reichstagswahlen gab es innerhalb der bürgerlichen Frauenorganisationen und zwischen ihnen eine lebhafteste Auseinandersetzung darüber, ob es nicht notwendig und zweckmäßig sei, eine besondere Frauenpartei zu schaffen. Begründet wurde diese von einigen bürgerlichen Frauenführerinnen gestellte Forderung mit der Tatsache, daß von Reichstag zu Reichstag die Zahl der weiblichen Abgeordneten kleiner wurde und mit der Behauptung, daß sich die Frauen in den politischen Parteien, die doch „Männerparteien“ seien, nicht durchsetzen vermögen. Nun, es ist zur Gründung einer Frauenpartei nicht gekommen: es war nach der Meinung vieler Frauen, die im Verlaufe dieser Auseinandersetzung das Wort ergriffen, zu spät, um noch mit einiger Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf einzutreten zu können, — und andere meinten, man solle es diesmal doch noch mit den bestehenden Parteien versuchen; würden die Frauen wieder enttäuscht, dann bliebe freilich nichts anderes übrig als die Schaffung einer Partei der Frauen.

Alle Befürworterinnen dieses Einfalles, denn von einer „Idee“ kann doch kaum gesprochen werden offenbart mit ihrem Eintreten für eine besondere Frauenpartei ihre politische Weltfremdheit. Sie gehen aus von der „Schwesterenschaft“ aller Frauen und werden doch schon ihre Hausgehilfinnen nicht mehr als völlig Gleichgestellte behandeln. Sie glauben oder geben doch vor, zu glauben, daß alle Frauen gemeinsame Interessen haben und sehen nicht oder wollen nicht sehen, daß jede „Frauenfrage“ auch eine soziale Frage ist: Mutterschutz, Kinderfürsorge, Unterbrechung der Schwangerschaft, Witwenunterstützung, Eherecht, Frauenarbeit, — Gleichberechtigung der Frauen, — und daß es keine Lösung dieser Frage ohne schwere Kämpfe zwischen den Besitzlosen und den Besitzenden gibt. Die alle Frauen umfassende Frauenpartei wäre nichts anderes als die Wiederholung der von allen bürgerlichen politischen Parteien seit jeher geübten Bemühungen, hinter dem Schilde irgend einer „Klassengegensätze überbrückenden“ „Gemeinschaft“ — „Religionsgemeinschaft, Volksgemeinschaft“ — die Klassengegensätze zu verbergen. Da aber in Deutschland die Klassengegensätze viel zu scharf sind, als daß sie sich noch wegdiskutieren oder verhüllen lassen, sei es auch vor dem Bilde der Frauen, so ist jeder Versuch der Gründung einer überparteilichen Frauenpartei im Voraus zum Mißlingen verurteilt.

Jene Frauen die bereits politisch denken gelernt haben, haben im Wahlkampf ganz bewußt Partei genommen. Sie haben, je nach ihrer Klassenzugehörigkeit und nach der Reife ihrer

Klassenerkenntnis, eine der bürgerlichen oder eine der proletarischen Parteien gewählt. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß beim Kampfe um die Stimmen der Frauen die bürgerlichen Parteien, vor allem aber die Liberalen, im Vorteile sind. Mehr als die Männer sind die Frauen noch Gefangene der Tradition, wirkt auf sie die Mystik des Katholizismus. Nur selten läßt es sich nachweisen, daß die Liberalen mehr Frauen- als Männerstimmen bekommen, aber dort, wo Männer- und Frauenstimmen gesondert abgegeben und gezählt werden, dort wird der unwiderlegbare Beweis dafür erbracht. In Köln werden schon seit den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung Männer- und Frauenstimmen gesondert gezählt. Die Reichstagswahl am 7. Dezember zeigte dasselbe Bild wie alle früheren Wahlen: die Zahl der Männerstimmen war bei den Sozialdemokraten und bei den meisten bürgerlichen Parteien größer als die der Frauenstimmen; bei den Sozialdemokraten ist immerhin diesmal der Prozentsatz weiblicher Stimmen erfreulich gestiegen. Bei den Liberalen aber wurden um 17.000 mehr Frauen- als Männerstimmen gezählt! Die Liberalen danken also ihre politische Macht zum nicht geringen Teile ihrem noch immer sehr starken Einfluß auf die Frauen. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern auch bei uns. Eine sehr eindringliche Lehre für unsere Genossinnen! Sie zeigt ihnen, wo sie aufklärend zu wirken haben. Eine eben so wichtige Lehre aber auch für jene Genossen, die noch immer nicht die Notwendigkeit der politischen Schulung der Frauen begreifen.

Die Sozialistinnen waren nicht bloß Wählerinnen. Viele, sehr viele unserer Genossinnen haben ungemein eifrig bei der Wahlarbeit geholfen. Bei jeder Art von Arbeit, die nötig war. Sie nahmen an den Auseinandersetzungen in den Versammlungen leidenschaftlichen Anteil. Sie trugen Flugblätter aus und leisteten Großes in der persönlichen Werbung, auf die doch so viel ankommt, in der Gewinnung ihrer Klassen-genossinnen. Die sozialdemokratische Partei dankt ihren Sieg auch der Opfer- und Arbeitsfreude der Genossinnen.

Die Arbeit der Zehntausend, die unjählich mühevoll, anstrengend und keinerlei persönlichen Triumph bringende Kleinarbeit, die wochenlang alle Kräfte so vieler braver Arbeiterinnen in Anspruch nahm, diese fast unsichtbare Arbeit kann nicht statistisch erfasst, kann nicht persönlich gerühmt, kann nicht jeder einzelnen Genossin gedankt werden. Diese Braven müssen sich begnügen mit dem Lohn, der im Erfolge liegt. Dieser Erfolg, das ist der Gewinn von dreieinviertel Millionen Stimmen und die Wahl von 130 sozialdemokratischen Abgeordneten, unter denen siebzehn Frauen sind. In der sozialdemokratischen Fraktion sind diesmal verhältnismäßig mehr Frauen als im aufgelösten Reichstag, in welchem von hundert sozialdemokratischen Abgeordneten nur sieben weibliche waren.

Rednerisch tätig waren nicht nur die bekanntesten Führerinnen, sondern vielfach auch Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. In Blauen lernte ich eine Einlegerin kennen, die nicht nur neben ihrer Berufsarbeit auch noch ihre häusliche Arbeiten zu leisten hatte, sondern auch während der Zeit der Wahlbewegung fast allabendlich in Rednerveranstaltungen sprach. Neben solcher Nebenanstrengung verblieben die Taten tausender Männer, auch wenn sie sehr Tüchtiges leisteten.

Neben ausländischen Genossen waren in der Wahlbewegung auch ausländische Genossinnen

tätig, von unserer Partei die Genossinnen Blatay und Kirpal, aus Wien die Genossinnen Dr. Käthe Leichter und Bod. Die Parteien der Nachbarstaaten sahen — wie die ganze sozialistische Internationale — im Kampfe des deutschen sozialdemokratischen Proletariats nicht einen Kampf nur der Partei Deutschlands, sondern der Sozialdemokratie. Und so ist denn ihr Sieg nicht ihr Sieg allein, sondern auch unser Sieg, ein Sieg des internationalen Sozialismus und des Erfolges der Genossinnen Deutschlands freuen sich von ganzen Herzen auch unsere sozialdemokratischen Frauen.

Praktische Winke für Mütter.

Das Wichtigste, worauf eine jede Mutter zu achten hat, ist die Säuglingsernährung. Das Kind darf nicht unter-, aber auch nicht überernährt werden. Das richtige ist, dem Kinde im Tage (24 Stunden) nicht öfters als fünfmal die Brust zu bieten, und zwar morgens um 6 Uhr und 10 Uhr, nachmittags um 2 Uhr und 6 Uhr und abends um 10 Uhr. In der Nacht gebe man, wenn das Kind nicht durchschläft, höchstens etwas Tee mit dem Löffel. Das gesunde Kind trinkt bei einer Mahlzeit etwa 20 Minuten. Die Brüste müssen gleichmäßig zum Stillen verwendet werden; man erzielt das am besten, wenn man bei den aufeinander folgenden Mahlzeiten das Kind abwechselnd anlegt. Häufiger als fünfmal soll das Kind nicht gestillt werden. Die Unstille, dem Kinde dann Nahrung zu bieten, wenn es schreit, ist weit verbreitet, aber durch nichts gerechtfertigt. Die Mutter meint, das Kind weine, weil es hungrig; nichts ist unsinniger als das! Ein hungriges unterernährtes Kind ist eher still und apathisch. Die Unruhe ist meist anderer Art; sei es mangelnder Schlaf oder Krankheit. Da nützt keine Nahrungszufuhr.

Im 6. Monat beginnt man abzustellen. Bevor das Kind Mittag an die Brust gelegt wird, versucht man ihm etwas Orzessuppe einzusüßen; allmählich wird dann die ganze Mahlzeit durch die Orzessuppe ersetzt; man kann auch das etwas feinbrotiertes Gemüse zugeben (Spinat, Mohrrüben usw.). Im 8. Monat wird das Kind weiter abgesetzt, indem man ihm am Abend 2—3 geröstete Zwiebäde, in Wasser aufgekocht (auch Disteln) in 100—150 Gramm Kuhmilch gibt. Weichzeit ändert man allmählich die Stunden der Mahlzeiten so daß man ihm um 1 Uhr, 4 Uhr 7 Uhr zu essen gibt. Von da an läßt man es die Nacht durchschlafen. Im Laufe des 9. Monats ersetzt man die irdigen drei Brustmahlzeiten durch Kuhmilch, nur vermeide man, wenn möglich, die heißen Sommermonate.

Diese Ratschläge sind natürlich nur ein Schema, das individuelle (persönliche) Abänderungen stets zuläßt. Nur müssen diese Abänderungen von Fachleuten bewerkstelligt werden. Es empfiehlt sich daher, daß jede Mutter ständig den Rat der Mutterberatungsstellen einholt.

In vielen Fällen, in Arbeiterfamilien in der Mehrzahl der Fälle, wird die Mutter nicht in der Lage sein, dem Kinde zu allen Mahlzeiten Brustnahrung zu bieten, meist — weil sie zur Arbeit muß. Das Kind erhält dann zu einem Teil der Mahlzeiten künstliche Nahrung, vor allem Kuhmilch, dabei ist unbedingt nötig, daß das Kind so oft als möglich Brustnahrung erhält. Vom zweiten Lebensjahre bis zum sechsten Monat wird zu jeder Kuhmilchmahlzeit, die an Stelle einer Brustmahlzeit geboten wird, halbmilch verwendet: es wird eine Mischung hergestellt, die zur

einen Hälfte aus Milch, zur anderen aus Wasser besteht. Dieser Mischung wird ein halber bis ein Teelöffel Zucker zugelegt. Vom achten Monat an wird die Milchmischung aus zwei Drittel Kuhmilch und ein Drittel Bakerschleim mit einem Teelöffel Zucker hergestellt. — Die Menge der dem Kinde in 24 Stunden zugeführten Nahrung beträgt ein Sechstel seines Körpergewichtes, wobei man die Größe der Einzelmahlzeit folgendermaßen berechnet: man dividiert das Körpergewicht durch sechs und die gewonnene Zahl durch fünf. Uebrigens verhält man sich beim Zwiemilchkind bei der Abstillung ebenso wie bei dem mit Muttermilch genährtem Kinde.

Es erübrigt, noch einiges über die Stillfähigkeit zu sagen. Eine jede Frau ist befähigt, ihr Kind zu stillen, natürlich die eine mehr, die andere weniger, beeinträchtigt wird die Stillfähigkeit durch den Alkoholismus. (Mißbrauch beweisender Getränke.) Es kann so weit gehen, daß auch bei Töchtern von Alkoholikern die Stillfähigkeit bis auf ein Minimum eingeschränkt ist. Daraus ist klar zu ersehen, daß stillende Mütter nichts unflügeres tun können, als alkoholische Getränke zu meiden, um den Milchreichtum ihrer Brüste zu erhöhen; sie erreichen das Gegenteil. Eine jede Frau sollte schon aus diesem Grunde während der Stillperiode kein Bier trinken und keine „Biersuppe“ essen, wenn auch zehnmal auf der Verloscherkarte steht: „Doppelmalzbier, von medizinischen Kapazitäten stillenden Müttern empfohlen.“ Im Volke ist leider noch heute der Aberglaube verbreitet, daß der Milchreichtum der Brüste durch Biergenuß erhöht wird. In Wirklichkeit gibt es gar kein Mittel, den Milchreichtum der Brüste zu erhöhen, wenn nur die Frau normal ernährt ist. Alle jene Präparate, die zu diesem Zwecke verkauft werden, wirken nur suggestiv, d. h. auf dem Wege der Einbildungskraft. Aber noch ein wichtiges Moment ist in Betracht zu ziehen; alle von der Mutter aufgenommenen Stoffe gehen teilweise auch in die Milch über; so auch der Alkohol. Nicht weniger als 0,6 Prozent der aufgenommenen Alkoholmengen sind in der Milch wiederzufinden. Man muß sich vor uns darüber klar sein, wie der Alkohol auf den kindlichen Organismus wirkt. Alle Organe oder Organfunktionen sind beim Säugling im Wachsen oder Entstehen begriffen. Er soll sitzen, gehen, sprechen und vieles andere erlernen, das an seinen Organismus große Anforderungen stellt; Alkoholgenuß hemmt oder alle diese Funktionen; er setzt die Aufnahmefähigkeit herab und stört das ordnungsmäßige Zusammenspiel der Muskulatur, was ja bekannt ist. (Jeder kennt die schweren Grade dieser Störung, des Torkeln im Alkoholrausch.) Der Säugling, dessen Organismus nicht so widerstandsfähig ist, wie der des Erwachsenen, wird zur Zeit, da er das Zusammenspiel der Muskulatur (gehen, stehen und sitzen) erst erlernt, der Alkoholvergiftung ausgesetzt. Daß das auf diese Organfunktionen von äußerst nachteiliger Wirkung sein muß, kann jeder ermessen.

Eine direkt barbarische Unstille ist es, dem Kinde einen in einem alkoholischen Getränk angefeuchteten „Lutscher“ zu geben, um es zu „beruhigen“. Das Kind wird dadurch betäubt, nicht aber beruhigt. Dasselbe gilt von Mohndrochungen.

Ein Wort wäre noch zu erwähnen über den „Lutscher“. Es kann keinen Gebrauchsgegenstand geben, der für den Säugling weniger nützlich wäre als der „Lutscher“. Viele Mütter werden ein, das Kind schlaflos ohne „Lutscher“ nicht ein. Wenn sie das Kind nicht daran gewöhnt hätten, schlief es auch ohne „Lutscher“. Der „Lutscher“ fällt oft zur Last, die Mutter wirft ihm mit der Schürze ab, an der tausende unflüchtige kleine Krankheitskeime (Bakterien) haften, die an den „Lutscher“ geklebt werden und so in die kindliche Mundhöhle kommen. Kost alle Mütter benehmen den „Lutscher“ mit ihrem Speichel, wohl um den „Lutscher“ für ihren Liebling „süßlich“ zu machen. Welch ein Unsinn! Der Speichel des Erwachsenen enthält Bakterien, die für ihn selbst meist wohl nicht schädlich sind wohl aber für den Säugling. Deshalb wird jede Mutter wohl tun, dem Kinde überhaupt keinen „Lutscher“ zu geben. J. S. Progg.

Arme bulgarische Frau.

Wenn Hausgehilfinnen überhaupt Zeitungen lesen, so möge bürgerliche Blätter. „Von den Herrschaften abgeloste.“ In diesen Zeitungen können sie es immer wieder lesen, daß die geplogenen, unglücklichen, bestgenügendsten Frauen keine sind, die ihre Hausarbeit nicht selber oder doch nicht allein machen, sondern dies den „Dienstboten“ überlassen den Hausgehilfinnen.

Darf man den Klagen der Hausfrauen glauben, dann haben sie Hausgehilfinnen überhaupt nur, um sich über sie zu ärgern. Um wie vieles besser wären sie daran, wenn sie sich ihre Hausarbeit selber machen würden! Warum tun sie es nicht?

Das ist nicht zu erfahren. Was immer man in den bürgerlichen Zeitungen über die „Dienstbotenfrage“ liest, gibt darüber keine Auskunft. Man erfährt nur immer aufs neue, was doch schon so alte „Wahrheit“ ist: daß sich die Hausfrauen über die anspruchsvollen, faulen und frechen Dienstmädchen fast zu Tode ärgern müssen. Bei uns und in allen Ländern der Welt.

Am allernüchternsten aber sind wohl die bulgarischen Hausfrauen. Wie „emanzipiert“ ist die bulgarische Hausgehilfinnen sind, das würde man gar nicht für möglich halten, wenn man es nicht aus einer so unvollkommenen Quelle erfährt, wie es der „Tephi-Schönauer Anzeiger“ ist. Der berichtete kürzlich folgendes über einen „Mädchenmarkt in Sofia“:

„Der Mädchenmarkt, von dem die Rede sein soll, ist ein reißendes, nichtiges Geschäft, das sich regelmäßig zweimal im Jahre in Sofia abwickelt. Im Frühjahr, am Tage des heiligen Georg (Bürgerpatron) und im Spätherbst, am Tage des heiligen Demetrius (Mitrovdan) ist der große Platz „Sveti Iwan“, im Zentrum von Sofia mit Bauernmädchen aus der Umgebung dicht besetzt, die sich als Hausgehilfinnen an die Stadtleute verdingen. Für die Mädchen sind es in mancher Hinsicht Erholungstage, an denen sie sich vorzüglich unterhalten, schwatzen, lachen, scherzen, spotten und allerlei Allortia treiben. Für die vielgeplagten Hausfrauen dagegen sind es wahre Schredentage, denn auf ihre Kosten wird gelacht und gespöttelt. Während die unglücklichen Schweifstriefend feilschen, betteln, bitten und versprechen, lachen ihnen die drallen Dirnen ins Gesicht, fragen sie aus wie Untersuchungsrichter, stellen Ansprüche, fordern Söhne, die das Gehalt eines bulgarischen Ministers hinter sich lassen, verlangen daneben Roben, Gulden, Schuhe, Schürzen und so weiter fort. Und dann jede Woche hie und da eine Ausgehlogge. Und dann: Wie die Wohnung beschaffen ist, wieviel Menschen zur Familie gehören, und hundert andere inausführliche Fragen, die den Sanginiker in Roserei versetzen können. Weh! der armen Hausfrau, die mehrere Kinder ihr eigen nennt! Sie kann sicher sein, entweder leer abzurufen werden, wie die Hausgehilfinnen mit ihren Dienstgehilfin ins Haus zu bringen, die, wer weiß,

wieviele Dienststellen schon gewechselt hat, weil sie absolut nichts leistet.“

Man sollte auch erzählen, was nach dem „Mädchenmarkt“ geschieht. Sicher werden diese selbstbewußten, anspruchsvollen „Emanzipierten“ der armen, bittstellenden Hausfrauen in deren Heim ganz unterdrückt. Wahrscheinlich stellen diese Mädchen auch Ansprüche an die Hausherren und die armen, vielgeplagten Hausfrauen müssen versuchen, wie die Hausgehilfinnen mit ihren Dienstherren spazieren und ins Theater gehen; trotz der Wintertemperaturen, die sie sich's kosten lassen, um doch ein Mädchen zu bekommen. Unmöglich kann man sich diese Mädchen dienend vorstellen, die schon auf dem Markte die Hausfrauen ihre Ueberlegenheit fühlen lassen und sie verpöten. Wieviele Demütigungen, Aerger und vor allem Wintertage würden sie sich ersparen, wenn sie sich diesen Gefahren nicht auslegten; denn nach all dem, was hier erzählt wurde, werden sie die Hausarbeit doch ohnehin selbst leisten müssen.

Arme bulgarische Hausfrauen! Arme Hausfrauen in aller Welt! Sie haben Hausgehilfinnen, die sie fürstlich entlohnen müssen und müssen sich doch ihre Hausarbeit selber machen und werden obendrein noch von den Mädchen verpöten und gequält. Kein Wunder, daß man immer wieder von unglücklichen Hausfrauen liest, die Selbstmord begangen, weil sie die gleiche Behandlung durch ihre Dienstmädchen nicht mehr zu ertragen vermochten. Warum nur trotz alledem noch immer so viele Damen sich Hausgehilfinnen halten!

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

Tages-Neuigkeiten.

Die sechs Männlein.

Das klingt fast nach einem Märchen mit etwas heiterem Einschlag. Nur, Märchen ist's feins und so richtig lustig ist die Geschichte auch nicht. Aber wer wird denn weichen, wenn dieses Parlament ein wenig auseinandergeht, das gestern nicht abstimmen konnte, weil es infolge zu geringer Anteilnahme nicht beschlussfähig war? Präsident Tomášek mußte vor Beginn des Alles den Vorhang fallen lassen, weil nur sechs Männlein zur Abstimmung sich eingefunden hatten. Das ist ein bißchen wenig, selbst für dieses Komödienhaus, das durchwegs über schlechten Besuch zu klagen hat. Von der gesamten staats-erhaltenden Koalition hatten sich nur sechs Abgeordnete zur Sitzung begeben, also vergleichsweise: Pösts + 1. So schaut es dort aus, nachdem die Opposition das Haus verlassen hat! Selbst wenn man die eigentlichen Weichnachs-befürworter in Betracht zieht — so schlechte Beteiligung gibt doch zu denken und scheint zu beweisen, daß ein großer Teil auch der tschechischen Bevölkerung, auch jener, der dafür erzählt bekommt, der bisher vorgeführten Art des Schuppiels „Demokratie und Parlamentarismus in der Tschechoslowakei“, nicht mehr den rechten Weg abzuwenden kann. Man wird dafür Sorge tragen müssen, daß dieser allgemeine Weichnachs-Sozialismus mit beschränkter Haftung nicht zu einer ständigen Einrichtung des Hauses werde, denn sonst würde ja das Werk überhaupt zu spielen aufhören. Zunächst schlagen wir daher vor, daß die sechs Männerlein, die den Kampf um Recht und Demokratie auch in geistlicher Gestalt nicht scheuten, öffentlich belobt und mit einem Abstimmspendenstreifen belohnt werden, und daß man ihre Namen als Vater und Retter des Vaterlandes in Stein auskühnt. Und im übrigen mögen die Pöstsisten einen Turmus einführen, nachdem etwa die Abstimmungen am Montag die Buchstaben A—H, am Dienstag die von J—N u. s. f., antworfend sein müssen. Auch nach den Vorgehensweisen der allnationalen Abgeordneten könnte man eine Regelung treffen, damit das arme Volk die Gänge, in denen es hungert, nicht zu spät bekommt. Kurz und gut, etwas muß geschehen, um zumindest dem Ausland zu beweisen, daß die Koalition den tschechischen Parlamentarismus in jeder Hinsicht auf der Höhe hält.

Der konterrevolutionäre Dichter und der revolutionäre Schmod.

Der „APC.-Dichter“ F. C. W. reißt sich an Ernst Toller.

Schon als der „Hakenmann“ erschien, konnte es Herr F. C. Weiskopf, von Moskau legitimierter revolutionärer Dichter, nicht unterlassen, seinen Aerger darüber, daß es wirkliche revolutionäre Dichter gibt, die ihn die literarische Existenz sauer machen, durch eine Begeisterung Ernst Tollers Luft zu machen. Tollers Vorträge in Prag ist dem Kaffeekonsumenten willkommenes Gelegentlich, seine Logenlehre neuerlich anzubringen. Sie füllen ein Feuilleton des „Rude Pravo“ gerade aus und gehören auch dorthin, wo Karl Boněk sonst seine pornographischen Gelüste befriedigt. Der kleine F. C. W. reißt seine billigen Witze über den Dichter und die Haarbüchse des Dichters, über die Reden, die ihn überreicht wurden und über die Autogrammsammlungen.

Nur so nebenbei: Die erste junge Dame, die nach langem Sträuben des Dichters ein Autogramm erhielt, legitimierte sich als kommunistische Schriftstellerin!

Der Hauptschlager aber ist: Ernst Toller ist kein „stählerner Revolutionär“ („ocelohy revolucionař“). Das „Schwalbenbuch“ tritt mit der Rebellion nicht auf die Straße und der „Hakenmann“ ist einfach konterrevolutionär. Man legte die kommunistische Elle an und findet Ernst Toller zu klein. Er trägt! Der Mann, der eine Revolution mitgekämpft hat, der fünf Jahre im Kerker litt, ist kein Revolutionär. Dagegen ist ein Revolutionär der elegante junge Herr, dessen schönfärbender Redz die Herde Prager Literatencafés ist und von dessen revolutionärer Laufbahn man nicht mehr weiß, als daß er derzeit die „Tätigkeit“ eines wohlbestallten Presseattachés der russischen Mission in Prag ausübt. Dazu muß man schon ein „stählerner Revolutionär“ sein, denn es gehört eine eiserne Stirn dazu, um nach vollkommen leerer Vergangenheit an einem Ernst Toller seine artfertigen Witze zu erproben!

Eingehung der Ein- und alten Fünzigkronennoten. Die Einkronennoten mit dem Datum vom 15. April 1919 und die Fünzigkronennoten mit dem Datum vom 15. April 1919 hören mit dem 31. Dezember 1924 auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Nach diesem Tage werden sie nur noch bei dem Bankamt des Finanzministeriums, und zwar bei der Hauptanstalt in Prag, sowie bei allen ihren Filialen bis zum 31. Dezember 1926 umgetauscht werden. Die Fünzigkronennoten mit dem Datum vom 15. April 1919, welche gesetzliches Zahlungsmittel bis zum 31. Dezember 1922 waren, werden beim Bankamt des Finanzministeriums, und zwar bei der Hauptanstalt in Prag und den Filialen, nur noch bis zum 31. Dezember 1924 umgetauscht werden. Nach diesem Zeitpunkte werden sie überhaupt nicht umgetauscht werden.

Nicht abspringen! Vorgestern wurde in Mähren ein Arbeiter, der in Hauptbahnhof aus einem fahrenden Zuge abspringen wollte, überfahren. Er versuchte beim Abpringen aus und kam unter die Waggonräder, welche ihm beide Hüfte und die rechte Hand vom Leibe trennten.

Ein neuerlicher Einbruch in Teplic. In der Nacht auf gestern wurde, wie es nun schon bald zur Alltäglichkeit geworden ist, in Teplic wieder ein Einbruch verübt. Diesmal drangen die Einbrecher in die politische Bezirksverwaltung ein, wo sie lediglich einen Dienstreifen entwendeten. Andere Wertgegenstände und Geld wurden nicht entwendet, sei es, daß die Diebe sie nicht bemerkten oder daß sie nach anderen Dingen suchten, was wahrscheinlicher ist, da einige Schreibtische erbrochen wurden. Die Sicherheitsverhältnisse in Teplic werden demnach immer trauriger, da sich die Einbrüche in den letzten Tagen in geradezu beängstigender Weise häufen, ohne daß man bisher den Tätern auf die Spur gekommen wäre.

Der Tod in der Grube. Auf dem Schachte in Petershofen (Strover Revier) wurde der Arbeiter J. Klein das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles. Klein war Hunteführer und wurde auf eine bisher unaufgeklärte Weise zwischen zwei Hanten und der Stollenwand zerquetscht. Er war sofort tot.

Ein Schupferband Schupferträger erlucht; uns um Aufnahme folgender Zeilen: So wie in vielen auswärtigen Staaten bereits Schupferbände für

Schupferbände bestehen, hat sich für Schupferbände deutscher Nationalität in der Tschechoslowakischen Republik ein Schupferband gebildet. Dieser Verband bezweckt: Berücksichtigung der Schupferbände im öffentlichen und privaten Verkehr, Einführung eines internationalen Schupferzeichens für Schupferbände, Einrichtung von Ablesestellen, Prüfung und billige Beschaffung von Schupferbänden, deren unentgeltliche Ueberlassung an unbemittelte Mitglieder, Beschaffung von Fachliteratur, Herausgabe einer eigenen Vereinszeitschrift, Vertretung und Berufswahl, Stellennachweis, Pflege der Geselligkeit und Vermittlung von Mitteilungen der Mitglieder untereinander. Ein Einzelnier vermag wenig, viele vermögen viel! Darum, Schupferbände, schließt euch dem Schupferbände an! Auch wenn er nicht gleich alles, was er erstrebt, zu bieten vermag; ein jeder möge bedenken, daß der Schupferbände erst am Anfang seiner Tätigkeit steht. Wo sich genügend Mitglieder zusammenfinden, sollen Ortsgruppen gebildet werden. Neue Mitglieder, die als Ortsvertreter den Verband in seiner Tätigkeit unterstützen wollen, mögen dies der Verbandsleitung mitteilen. Ebenso ergeht an alle, die Verständnis für die mißliche Lage der Schupferbände haben, die Bitte, den Verband durch Beitritt als beitragende Mitglieder, Gründer und Förderer, sowie durch Spenden zu unterstützen. Für ordentliche Mitglieder ist der Mitgliedsbeitrag mit monatlich 3.— Kronen festgesetzt, Anmeldegebühr 5.— Kronen, Statuten 1.— Kronen. Schriftliche Anmeldungen an H. Czernack, Prager VII, Sternengasse Nr. 1086/III.

Das Todesurteil über Hilda Hanika endgültig rechtskräftig. Gegen die Entscheidung des Brünnener Landesgerichtes, das das Wiederaufnahmegericht der zum Tode verurteilten Hilda Hanika abwich, hat der Verteidiger der Hanika, Stjepan, an das mährische Oberlandesgericht rekurriert. Das Oberlandesgericht bestätigte jedoch vor einigen Tagen die Entscheidung der ersten Instanz. Es bleibt also nur mehr ein Gnabensgesuch an den Präsidenten der Republik übrig.

Gegen die Erhöhung der Fahrkartensteuer. Die Union der Geschäftsreisenden und Vertreter hat beschlossen, gegen die beabsichtigte Erhöhung der Fahrkartensteuer auf energischste zu protestieren und ist bereits an maßgebenden Stellen eingeschritten, daß eine etwaige Erhöhung dieser Steuer die Fahrkarten der Arbeiter und Geschäftsreisenden nicht betreffen soll.

Ein bekannte Egerer Strahlfahrer abgängig. Der am 11. Dezember 1888 geborene Franz Frank in Eger ist seit 30. Oktober abgängig. Franz Frank, eine unter dem Namen „Eberlin“ in der ganzen Stadt bekannte Figur, war als Strahlfahrer beschäftigt und erklärte am 30. Oktober, daß er wegen Krankheit ins Spital gehe. Erkundigungen ergaben aber jetzt, daß Frank überhaupt nicht im Spital war und seit dieser Zeit verschwunden ist. Da vermutet wird, daß Frank, der auch etwas geschäftsmäßig ist, ein Unfall zugestoßen sein könnte, forschen die Sicherheitsbehörden nach seinem Verbleib.

Eine Krone verschluckt. Ein siebenjähriger Schulknabe in Borschov bei Pilsen verschluckte beim Spiel eine Krone. Der Arzt stellte fest, daß die Krone vorläufig im Magen liege und keine Gefahr droht, da sich die Krone, wie das Geld sein soll, in natürlichem „Umlauf“ befinde.

Die Aufhebung der Brückenmaut in Prag. In der letzten Sitzung des Stadterordnetenkollegiums Groß-Prags wurde außer dem Budget auch der Antrag des Stadtrates angenommen, wonach die Hundesteuer vom 1. Jänner 1925 von den bisherigen 150 K auf 300 K pro Hund jährlich erhöht wird. Auch ein zweiter Antrag, daß mit 1. Jänner 1925 das Brückengeld für Fußgänger aufgehoben und auf allen Brücken mit Ausnahme der Karlsbrücke für

Fuhrwerke eine neue Brückengebühr, und zwar 3 K für Automobile, 2 K für die übrigen Wagen und 50 Heller für Handwagen eingeführt wird, wurde angenommen. Kinder- und Invalidenwagen sind von der Gebühr befreit.

Von der Prager Straßenbahn. Die Gesamteinnahmen der Prager städtischen elektrischen Straßenbahnen im Jahre 1923 betragen 139,4 Mill. K. In diesem Jahre wurden 154 Mill. Personen auf der Straßenbahn befördert (um 2,2 Millionen weniger als im Jahre 1922). Von dieser Zahl entfallen 103 Millionen Personen auf einzelne Fahrkarten, 36 Millionen Personen auf Abonnementkarten und 15 Millionen auf Freikarten. Die verhältnismäßig größten Einnahmen weisen die Strecken Nr. 3, Nr. 11 und 13 auf. Die kleinsten Einnahmen waren auf der Strecke Nr. 12. Die längste Strecke der Prager elektrischen Straßenbahn ist die Strecke Nr. 1 (11,5 Kilometer), die kürzeste, die Strecke Nr. 7 (6,2 Kilometer). Die Zahl der täglich regelmäßig verkehrenden Wagen betrug Ende 1923 228 Motor- und 200 Beiwagen. In den Stunden der größten Frequenz wurden weitere 50 Wagen eingeschoben. Im Ganzen waren 1674 Motorführer und Konduktoren, 40 Weichensteller und 37 Hilfskräfte beschäftigt.

Die letzte Ziehung der 11. Klassenlotterie findet am 17. d. M. statt. Auf die dabei gezogenen Nummern entfallen noch ein Treffer zu 100.000, einer zu 10.000, 12 zu 5000, 23 zu 2000, 42 zu 1000 und 235 zu 500 K. Die Prämie von 700.000 K entfällt auf den letztgezogenen Gewinn von mindestens 2000 K. Die nächste Klassenlotterie beginnt am 20. Jänner. Die Anzahl der Lose beträgt 230.000, von denen in fünf Klassen die Hälfte mit einem Gewinnbetrage von 37.094.400 K gezogen werden wird.

„Noch ist Polen nicht verloren...“ — denn es hat eine tüchtige Polizei. Die „Gazeta Administracji i Policji“, ein amtliches Organ, beweist dies durch nachstehende Zahlen: In der Zeit vom 1. Jänner bis 1. Juli d. J. erhielt die Kategorie der Wachmeister und Oberwachmeister der polnischen Staatspolizei: 2040 Disziplinarstrafen. Die Strafen gliedern sich folgendermaßen: Dienstvermahnung 1020, Trunkenheit 172, Ungebührliches Benehmen 72, Mißhandlungen (administrativ) 12, Mißhandlungen (gerichtlich) 34. Der Rest verteilt sich auf verschiedene andere Vergehen. Von diesen 2040 Beiräten wurden 68 aus dem Polizeidienst entlassen. In derselben Zeit — also in sechs Monaten — wurden aus der Kategorie der einfachen Schutzleute 13.623 Beamte bestraft (!). 575 dieser Fälle wurden an die Gerichte weitergeleitet, 256 aufgeschoben. Erweit wurden hier wegen Trunkenheit 2228, Mißhandlungen (gerichtlich) 154, Mißhandlungen (administrativ) 96, Mißhandlungen (aufgeschoben) 47, kleinere Vergehen 4284 Strafen. Es sind also vom 1. Jänner bis 1. Juli d. J. 15.663 polnische Polizeibeamte bestraft worden.

Prager Kurse am 12. Dezember.

	Geld	Waga
100 holl. Gulden . . .	1375.00 00	1381.00 00
1 Billion Mark . . .	8.09 70	8.13 70
100 belg. Franken . . .	167.00 00	168.50 00
100 schwed. Kronen . . .	658.00 00	661.00 00
1 Pfund Sterling . . .	150.30 00	151.70 00
100 Ruz . . .	148.50 00	149.00 00
1 Dollar . . .	33.00 01	33.20 00
100 franz. Franken . . .	182.75 00	184.30 00
100 Dinar . . .	30.62 50	31.12 50
10.000 ungar. Kronen . . .	4.55 00	4.78 00
100 poln. Bloth . . .	651.87 50	657.87 50
10.000 österr. Kronen . . .	4.60 57	4.69 57

Blinde Passagiere.

1 F-n Jack London.

Der früh verstorbene Jack London gehörte zu den temperamentvollsten englischen Schriftstellern der letzten Generation und zu den hervorragendsten Köpfen der amerikanischen Literaturwelt. Seine Romane, Novellen und Schilderungen fließen zum größten Teil aus Selbsterlebtem. Jack London stammte von proletarischen Eltern und hatte als junger Mann Gelegenheit, Amerika in allen seinen Landschaften und in seinen gesellschaftlichen Höhen und Tiefen kennen zu lernen. Die im „Goldenen Westen“ Verlag, Berlin, deutsch erschienenen „Abenteuer des Schienenstrangs“ gehören zu den spannendsten und malerischsten Schilderungen Jack Londons aus seiner Jünglingszeit. Wir begleiten ihn auf seinen Trampfahrten durch Nordamerika, die ihn aus den großen Städten des Ostens in die Goldlandchaften Kaliforniens und von den Gestaden des Niagaraalles in die Höhle eines echt amerikanischen Zuchthauses führen. Mit prächtigem Humor schildert der Dichter sein Leben als Tramp (Stromer, Tippelbruder) seine lebensgefährlichen Reisen zwischen den Rädern der Pullmanwagen und auf den Dächern der Schnellzüge, seine Erfahrungen im Erbeteln einer Mahlzeit vor den Türen der Reichen und die brüderliche Gesinnung, die der Arme immer wieder nur bei Armen findet. Das Buch Jack Londons lehrt die Europäer ein Stück Amerika mehr kennen und zeigt, daß es im Lande des mächtigsten Kapitalismus noch sehr viel Romantik gibt, allerdings eine Romantik, die toll und lebensgefähr-

lich ist. Der spannende Abschnitt aus dem Buche Londons, den wir zum Abdruck bringen, erzählt mit übermäßigem Humor von den Reihenden des Schwarzfahrens auf amerikanischen Ueberlandzügen.

Wenn er kein Pech hat, kann ein tüchtiger, junger und gewandter Vagabund trotz aller Versuche des Zugpersonals, ihn zu „schmeißen“, an einem Zug hängen, vorausgesetzt natürlich, daß es Nacht ist. Das ist unbedingt erforderlich. Wenn ein Vagabund dieser Art sich unter solchen Bedingungen zum „Anhängen“ entschließt, so tut er es auch, wenn das Schicksal ihm nicht einen Streich spielt. Außer Nord hat das Zugpersonal keine gesetzliche Weisung, ihn zu schmeißen. Daß das Zugpersonal nicht immer vor Nord zurückweicht, ist ein allgemeiner Glaube in der Landstreicherwelt. Da ich jedoch in meiner Vagabundzeit keine diesbezüglichen persönlichen Erfahrungen gemacht habe, kann ich nicht dafür einstehen.

Aber ich habe folgendes über die „schlechten“ Einien gehört. Wenn ein Vagabund „nach unten gegangen“ ist und der Zug sich in Bewegung gesetzt hat, gibt es offenbar keine Möglichkeit mehr, ihn zu vertreiben, ehe der Zug hält. Der Landstreicher, der bequem von den vier Rädern und dem ganzen Rahmen umgeben auf dem Wagongestell liegt, hat das Personal immerhin Sicht geführt — oder er glaubt es wenigstens, bis er eines Tages mo' auf einer „schlechten“ Einie fährt. Eine „schlechte“ Einie ist in der Regel eine Eifenbahn auf der vor kurzem einer oder mehrere Beamte von Vagabunden toteschlagen worden sind. Gnade Gott dem Landstreicher, der auf einer solchen Einie unter dem Wagon gefahrt wird — denn gefahrt wird er, und wenn der Zug sechzig Meilen in der Stunde macht.

Der Bremser nimmt einen Koppelungsbolzen und eine Signalfahne und geht auf die Plattform vor dem Wagon, unter dem der Vagabund hängt. Dann bindet er den Bolzen an die Schmur,

läßt den Apparat zwischen die Plattformen fallen und wirft die Seile aus. Der Bolzen schlägt auf die Schwellen zwischen den Schienen, springt zurück gegen den Wagonboden und schlägt dann wieder gegen die Schwellen. Der Bremser läßt die Schur hin und zurück, daß nach der einen, bald nach der anderen Seite laufen, läßt ein wenig nach, holt wieder ein, sodas seine Waffe Gelegenheiten zu jeder Art Stoß und Rückschlag erhält. Jeder Schlag des tangenden Bolzens kann den Tod bringen und bei einer Fahrt von sechzig Meilen in der Stunde trommelt er einen reinen Zapfenstreich des Todes. Am nächsten Tage findet man die Ueberreste eines Landstreichers am Bahnkörper und eine Zeile im Lokalblatt berichtet von dem unbekanntem, zweifellos einem Vagabunden, der vermutlich betrunken und wahrscheinlich auf dem Geise eingeschlagen war.

Als ein charakteristisches Beispiel, wie ein gewandter Vagabund „anhängen“ kann, möchte ich folgende Begebenheit erzählen: Ich war in Ottawa und wollte mit der Kanada-Bay-Railbahn nach dem Westen. Ein Fahrt von dreitausend Meilen lag vor mir; es war Herbst und ich mußte „oor Manitoba und die Rocky Mountains. Kaltes Wetter war zu erwarten, und der geringste Aufschub hätte die Reise nur noch kalter und beschwerlicher gemacht. Dazu kam, daß ich schlechter Laune war. Die Entfernung zwischen Montreal und Ottawa beträgt hundertzwanzig Meilen. Das möchte ich wohl wissen, denn ich hatte eben die Strecke zurückgelegt und sechs Tage dazu gebraucht. Durch ein Versehen war ich von der Hauptstrecke abgerrt und auf eine kleine Seitenlinie gekommen auf der nur zwei Lokzüge täglich verkehrten. Und die sechs Tage hatte ich von trodenen Brot gelebt, das ich, noch nicht einmal reichlich, von den französischen Bauern erbetelt hatte.

Wein Aerger wuchs noch weil ich den ganzen Tag, den ich in Ottawa verbrachte, herumlaufen mußte, um mir Kleidung für die lange

Reise zu verschaffen. Ich möchte hier einschreiben, daß Ottawa mir einer einzigen Ausnahme die Stadt in den Vereinigten Staaten ist, wo es am schwersten ist, sich Kleidung zu erwerben; die einzige Ausnahme ist Washington. Diese schöne Stadt ist der Höhepunkt. Dort verbrachte ich einmal vierzehn Tage mit vergeblichen Versuchen, mir ein Paar Schuhe zu erwerben, und schließlich mußte ich nach Jersey City reisen, ehe ich sie bekam.

Doch zurück nach Ottawa. Bäntlich war auch Uhr morgens begann meine Kleiderjagd. Ich arbeitete energisch den ganzen Tag. Ich schwöre, daß ich vierzig Meilen lief. Ich besuchte tausend Hausfrauen und nahm mir nicht einmal die Zeit, um Mittagessen zu kochen. Und um sechs Uhr nachmittags, nach zehn Stunden unblühiger harter Arbeit, saßte mir noch ein Hemd, während die Hosen, die ich endlich erbetert hatte, zu eng waren und dazu alle Anzeichen einer baldigen Auflösung trugen.

Um sechs Uhr stellte ich die Arbeit ein und steuerte auf das Eifenbahngelände los, in der Erwartung, unterwegs etwas zu essen zu bekommen. Aber ich war immer noch vom Unglück verfolgt. In einem Haus nach dem anderen wurde ich abgewiesen. Endlich bekam ich ein „Butterpaket“. Meine Laune besserte sich gleich, denn es war das größte Butterpaket, das ich je in meinem Leben, ereignisvollen Leben gesehen hatte. Es war in Zeitungspapier gewickelt und so groß wie ein ausgewaschener Handtuch. Ich machte, daß ich auf ein unbesetztes Grundstück kam und öffnete es. Das erste, was ich sah, war Kuchen, immer mehr Kuchen, alle Arten Kuchen und wieder Kuchen. Es war alles Kuchen. Kein Butterbrot mit ordentlichen Fleischstücken — nichts als Kuchen; und ich verabscheute auf der ganzen Welt nichts so sehr wie Kuchen! In einem anderen Zeitalter und unter einem anderen Sternensystem saßte das Volk sich an die Wasser-Tabakpfeife und weinte

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Das medizinische Frauenstudium in England.

Die Londoner Universität hat an Dr. Mary Lucas Keene den Titel eines Professors der Anatomie verliehen. Frau Dr. Keene ist bereits seit fünf Jahren die Leiterin der Anatomie an der medizinischen Fakultät für Frauen. Daß es hier eine eigene medizinische Fakultät für Frauen gibt, ist hauptsächlich auf moralische Bedenken zurückzuführen, die nach allgemeiner Vorstellung das gemeinsame Studium der Medizin für beide Geschlechter unerwünscht erscheinen lassen. Diese für unsere Vorstellungswelt groteske Tatsache, die eine merkwürdige Vermengung von Bräuterei und Wissenschaft kennzeichnet, ist erst kürzlich in einer mit großer Festigkeit geführten öffentlichen Debatte zum Ausdruck gekommen, in der gegen die gemeinsame Krankenhauspraxis männlicher und weiblicher Medizin-Studierender schwerwiegende sittliche Bedenken erhoben wurden. Dabei ist es der englische Dessenlichkeit gar nicht zum Bewußtsein gekommen, wie lächerlich eine solche Diskussion der übrigen Kulturwelt erscheinen muß, wo das gemeinsame Medizinstudium der beiden Geschlechter eine Selbstverständlichkeit ist, weil man von der Voraussetzung ausgeht, daß der Beruf des Arztes von der Frau, die ihn ergreift, eine solche Freiheit von Bräuterei und Empfindlichkeit erfordert, daß eine Trennung der Geschlechter beim Studium nicht nur unnötig, sondern völlig unangebracht wäre, ja, sogar eine Beleidigung der weiblichen Studierenden der Medizin darstellt. Er ist eine für England sehr bezeichnende Tatsache, daß es bei dieser Diskussion der Dessenlichkeit keineswegs klar geworden ist, daß diese Frage in sämtlichen europäischen Ländern längst im Sinne eines gemeinsamen Unterrichts gelöst worden ist, und daß selbst das skandinavische Festland, wo es am dunkelsten war, niemals auf die Idee einer Trennung der Medizin-Studierenden nach Geschlechtern gekommen ist.

Der von der Londoner medizinischen Fakultät ernannte weibliche Professor der Anatomie ist nach dem englischen Blättern der erste weibliche Professor dieses Faches. Dagegen hat diese Fakultät schon seit Jahren in Frau Dr. Winifred Cullis einen weiblichen Professor der Physiologie.

Statuen-Fund im Hofen von Vajä. Die Ausgrabungen im Hofen von Vajä, die mit Vaggenmaschinen vorgenommen werden und bereits vor kurzem interessante Funde zurate förderten, haben jetzt zu sehr wichtigen Ergebnissen geführt. Man brachte vom Meeresgrund einige Statuen heraus, die die Werke hervorragender griechischer Meister zu sein scheinen. Das eine dieser herrlichen Bildwerke ist die Marmorstatue einer Frau, die ein Füllhorn mit Früchten in der linken Hand trägt und wahrscheinlich die Göttin Abundantia (Ueberflut) darstellt. Die andere Statue ist die einer jungen Frau in einer Tunika, bei der die Gewandbehandlung von erstklassiger Feinheit ist. Außerdem wurden noch Statuen einer Amazone, eines Apollo und eines Erös, eine Dionysos-Büste und schöne Architekturteile im frühgriechischen Stil ans Licht gebracht. Einige der Ornamente tragen die Namen der Kaiser Septimius und Sverus und Domitian und bestätigen die Annahme, daß man hier Teile von dem Palast der Septimius Severus entdeckt hat. Die Funde sind nach dem Reapeler Museum gebracht worden.

Schnee im Riesengebirge. Aus Hirschberg in Pr. Schlesien wird berichtet: Ein starker Schneefall ist im Hochgebirge niedergegangen. Die Schilfenhänge sind bis zum Rande bis zur Schilfenhänge herab. Auch der Schneehaus kann auf dem Rande in Gebrauch genommen werden. Im Tale fließt aber noch kein Schnee.

Milch aus ihrem Busen zuprin, ein zweites Bild die Uebergabe der Stiftungsurkunde an den König des Königs; auf diesem Bilde ist die Königin Klugigste mit einer Krone, als Zeichen der Falschheit gemalt. Sehenswert ist eine Orgel aus dem 16. Jahrhundert, gebaut von dem Abt Valentin von Schönrad, dem in der Kirche ein herrliches Grabmal errichtet wurde; der Künstler selbst ist unbekannt. Das Kloster hatte wegen seiner reichen Schätze viel durch Angriffe und Plünderungen zu leiden und einer der Rosenberger hatte sich einen mit Edelsteinen besetzten Goldrahmen eines Marienbildes angeeignet und dafür einen gewöhnlichen vergoldeten Rahmen gegeben, weil die hl. Maria mit dieser kostbaren Sachen doch nichts anzufangen weiß. Darum haben auch die frommen Mönche vorsorglich hinter dem Hauptaltar einen versteckten Ausgang geschaffen, den sie im Augenblicke der Gefahr der Hilfe aller Schutzheiligen vorzogen, um durch ihn zu entfliehen und sich in Sicherheit zu bringen. Tüftel Rebellen sind die Mönche allerdings trotz dieser Vorsichtsmaßregeln nicht entronnen, und im Hofe des Klosters steht noch heute die große Urne mit den „Kapuzinerblättern“, an deren stärkstem Aste die Mönche aufgehängt wurden. Unter Josef II. wurde dieses Kloster aufgehoben und in eine Eisengießerei umgewandelt, welche seit dem Zusammenbruche ebenfalls aufgelassen ist. Als wir die rauchgeschwärzten Räume und das zum Teil demolierte Mauerwerk des einst stattlichen Gebäudes besahen, begegnete uns auch die ehemalige Veführerin des Anstalts vom Staate beschlagnahmten Klostergrundes, Frau Schwarzenberger. Der sie führende Schlossmeister war über unsere fernestehende Anwesenheit erschrocken und räumte uns zu: „Die Fürstin ist da!“ Als wir erwiderten, wir wollten uns schon allein beschaffen, ohne weiter von der andern Gesellschaft Notiz zu nehmen, war er sichtlich erstarrt. Es war schon abends, als wir wieder in Rumau einmarschierten.

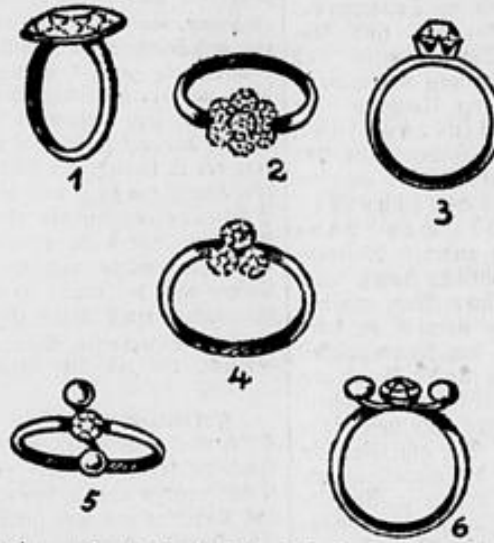
Zürcherischer Polizeianzeiger.

Zürich, den 25. November 1924.

Diebstahlsanzeigen.

3006. Geld- und Schmuckdiebstahl. In Zürich 6 am 23. Nov. 1924, zwischen 12½ und 15 Uhr, 3. R. des Dr. Albert Hly-Bag, Redaktor, Turnerstraße 19, Zürich 6, mittels Öffnens der Wohnung mit Nachschlüssel oder Dietrich, aus dem Schlafzimmern und Arbeitszimmern, wo 2 Pulle mit einem ca. 3 mm dicken und 2 cm breiten Instrument erbrochen wurden: 50 Fr. in 1 Note; Nr. 1: 1 goldener Ring mit mehreren Diamanten in runder Anordnung; Nr. 2: 1 dito mit Diamant in Platinfassung; Nr. 3: 1 dito mit Diamant in Platinfassung; Nr. 4 (siehe Zeichnung): 1 dito mit vermutlich 3 Diamanten, und Nr. 5 und 6 ein dito mit 1 Diamant, in der Mitte und zu beiden Seiten je 1 Perle. Gesamtwert 2000 Fr. (23066/24)

Bezirksanwaltschaft Zürich.



Wir sehen keine Inkonsistenz darin, daß der Oberkommunist und Nationalrat Hly-Bag sechs Brillantringe im Werte von 2000 Fr. besitzt. Auch nicht darin, daß diese bei ihm nun expropriert worden sind. Wohl aber vermischen wir die kommunistische Grundlosigkeit und den kämpferisch-bolschewistischen Einschlag (siehe 21 Bedingungen!) darin, daß der brillante Brillantenkommunist die Polizei des bürgerlich-kapitalistischen Staates und den Polizeianzeiger zu Hilfe rief, damit sie seinen gestohlenen Brillanten nachlaufen.

Gerichtssaal.

Massenmörder Haarman.

Der Mörder als Detektiv.

Der Grenzpolizeikommissar a. D. Olfertmann, der jetzt pensioniert in Hannover lebt, war hier in einem Privatdetektivinstitut tätig, das sich Haarman, auf dessen Detektivgeschichten es aufmerksam gemacht war, in einer Geldfälschungsbürolegenheit bedienen wollte. Der Zeuge erklärt, Haarman habe einen guten und intelligenten Eindruck gemacht. Als Haarman darüber sagte, daß die Leute, denen er zur Wiedererlangung von gestohlenen Dingen behilflich gewesen war, ihm für seine Bemühungen nichts gaben, schritten beide zur Gründung des „Amerikanischen Detektivinstituts Lasso“. Der Zeuge bezeichnete das Institut als „Luftgründung“, das nur dazu da war, um Haarman zur Eindringung von Belohnungen behilflich zu sein. Der Zeuge streifte zu nächst ab, die falsche Legitimation Haarman's zu kennen, gibt aber schließlich zu, an der Erstellung der Legitimation mitgewirkt zu haben. Er stellte sich heraus, daß Olfertmann Haarman begleitet, wenn dieser seine Belohnungen kassierte, und dabei einen ziemlich großen Anteil an der Belohnung erhielt.

Am nächsten Tage brachte mich das schnaubende Personenzug über Wiesen und Felder entlang des Bodnerwaldes und durch dunkelgrüne Wälder aufwärts führend nach Winterberg.

Die ersten Winterbergs sind flache Geschäftsleute. Damit deutlicher Boden niemals in unrechte Hände fällt, haben die Gemeindeväter vor Jahren 750 Dekar Gemeindegeld unter sich verteilt, ohne daß die übrigen Bürger etwas davon merkten. Der Wald brachte einem Ehrenbürgermeister Titel und im Jahre 1920 einen Ertrag von 1 Million sächsischer Kronen ein.

Die Stadt, über welcher ebenfalls ein Schloss der Schwarzenberger thronet, ist das Zentrum der böhmischen Schundliteraturzeugung. Ueberall und in allen Tönen schreit e man der Name I. Zweinbrenner entgegen, der mit hunderttausenden Exemplaren Gebetsbücher, Kalender, Judenerbüchlein, Festen und Bibeln in die Welt wandert. Im Tale stehen die Villen der Steinbrenner und bezeugen: das Geschäft nährt seinen Mann!

Winterberg ist bekannt durch die dortige Kunstglaserzeugung. Besonders Interesse erweckt in mir die künstlerische Arbeit eines Genossen, der die herrlichsten Bilder in Glas schleift. Von der kleinen Wohnung des Glaschleifers, Rowal ist sein Name, sind die kunstvollsten Sachen auf die Tische hochgestellter Persönlichkeiten gewandert. Wie viele von jenen, denen es ihre soziale Stellung erlaubt, sich diese mühevollen Arbeiten zu verschaffen, kernen wohl die Arme, in der sich der kleine Schloßapparat befindet, an dem zwei Augen und ein Körper sich müde arbeiten? Eine gut besuchte Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, einige Viertelstunden bei den Genossen; und fort geht es wieder. (Schluß folgt.)

Haarman's Nachbarn, Frau Linderer, hat Haarman, der sich ihr als Detektiv vorgestellt hatte, gleichwohl genau beobachtet. Sie hat die Polizei wiederholt auf ihn aufmerksam gemacht. Auf ihre Anzeige hat sogar ein Kommissar eine Nacht im Hause gewacht. Er hat aber nichts erbeutet.

Haarman und Grans.

Die Arbeiterin Moyer, Grans der Braute des Grans, beobachtet, wie zwar Grans von Haarman finanziell abhängig war, wie aber Haarman wiederum „verhältnismäßig“, das heißt innerlich, von Grans abhängig. Sie bringt das wichtige Zeugnis, daß Grans ihr über Haarman gesagt habe: „Danke ich hat ut“. (Den ich hat bloß aus.) Eine Aussage von Grans über den der Jungen: „Der wird jetzt gemacht!“ und das Wort „Mörder!“, das Grans etwa in Streit Haarman zuzielte, konnte sie sich erst später erklären. Einmal sagte Grans: „Wenn mir mal was zustoß, hat mich Haarman umgebracht.“ Auf die Frage, ob Grans Angst vor Haarman gehabt habe, sagt die Zeugnis Linderer: „Angst haben sie beide voreinander gehabt, aber Grans war der Stärkere.“

Verteidiger Lohse teilte mit, daß sich Haarman auch an dem 19jährigen Bruder des Grans vergriffen habe.

Haarman: Das ist ein sehr pfiffiger Junge, der immer Geld von mir verlangt hat.

Ergreifende Szenen im Gerichtssaal.

Dann wurde mit der Vernehmung der Einzigen zu den 27 Mordtaten Haarman's begonnen. Ergreifend wirkt es, wenn die in den Saal gerufenen Zeugen beim Anblick der Kleidungsstücke ihrer von Haarman abgezeichneten Angehörigen in Tränen ausbrechen und die Verhandlung unterbrochen werden muß, bis sich die Unglücklichen wieder zu fassen vermögen.

Die Polizei tat nichts.

Besonders tragisch wirkte der Fall des im Jahre 1918 ermordeten Friedel Rothe. Als der Vater zu einem 14jährigen Urlaub aus dem Felde heimkehrte, wurde sein Sohn schon zwei Tage vermißt. Er war nach einer Züchtigung durch seine Mutter vom Hause wegelaufen und blieb seither vermißt. Auf der Suche nach seinem Sohne hatte der Vater auch die Wohnung des Haarman lange beobachtet und, als er wieder fort mußte, einen bekannten Kriminalbeamten beauftragt, die Beobachtungen fortzusetzen.

Nun wurde eine Reihe von Jungen aufgerufen, die alle ein langes Register von Vorstrafen aufzuweisen hatten. Von der Vernehmung eines derselben wurde Abstand genommen werden, da er aufeinand betrunkener war. Beim Verlassen des Saales rief er dem Gerichtshof zu: „Auf Wiedersehen!“

Ein Zeuge gibt an, auf welche Weise Haarman, der ihn mit sich nach Hause genommen hatte, versuchte, ihn noch zu machen. Haarman hatte ihn, wie er sagte, im Scherz an Händen und Füßen gefesselt, um zu sehen, ob der junge Mann gefesselt genug sei, sich zu bestreiten. Schließlich sei diesem die Sache doch eigenartig vorgekommen und er habe gedroht, Radau zu machen, wenn Haarman ihn nicht sofort befreie. Darauf habe Haarman seine Fesseln gelöst.

Da Haarman den Mord an Friedel Rothe zugibt, wird auf die Vernehmung der Frau Rothe verzichtet.

Weiter zieht eine lange Reihe der Eltern und Angehörigen der Ermordeten im Gerichtssaal vorüber. Es spielen sich erschütternde Szenen ab, wenn die Eltern und Geschwister am Zeugentisch erscheinen, auf dem die Kleidungsstücke der Vermissten oder kleine Erinnerungsfunde liegen, durch die eine Feststellung der Vermissten möglich ist. Manche dieser Szenen sind so tief bewegt, daß sie kaum im Stande sind, den vorgeschriebenen Zeugen zu leisten. Die jetzt vor Verhandlung stehenden Fälle sind von Haarman vollstän dig zugegeben. Aber um die Persönlichkeiten genau festzustellen, ist die umfangreiche Zeugeneinvernahme notwendig. Haarman kennt nicht alle seine Opfer mit Namen und erit durch die Angehörigen war es möglich, die Persönlichkeiten festzustellen.

Der erste Fall ist der des Badergelehen Erich de Rries. Er war in Halle in Stellung und kam zu Pfingsten nach Hannover, um seine Eltern zu besuchen. Er wird als ordentlicher und spraklicher Mensch geschildert. Nur dem Umstande, daß er Nachts in Hannover eintrat und nicht mehr in die elterliche Wohnung konnte, ist es zuzuschreiben, daß er die Bekanntschaft Haarman's gemacht hat. Die Eltern hatten sein Klopfen nicht gehört und so ging er wieder nach dem Bahnhof zurück. Dort blieb er auf Haarman. Die kleine zwölfjährige Schwester des Verschwindenden bekundet, daß Haarman Briefe einmal beim Baden getroffen habe. Der Bruder hatte ihr die Kleider und die Uhr übergeben, da kam Haarman heran und sprach ihren Bruder an. Er erzählte, daß er einen Freund habe, der Bader sei. Ihr Bruder und Haarman gingen dann zusammen fort und seit dieser Zeit verlor man jede Spur von ihm. Nach der Anzeig wird verschwinden gelauft hat. So schließt sich in allen Fällen die Kette der Beweise.

Über den Fall des Schlichterlehrlings Koch werden drei andere Lehrlinge aus der Fortbildungsschule vernommen. Sie waren mit Koch noch der Kunstgewerbeschule gegangen. Richtig sei, wie sie erzählten, ein Mann, der nachträglich als Haarman festgestellt wurde, auf Koch zugekommen, habe ihn mit einem Stroh freudlosiglich an's Bein geworfen und gesagt: „Kennst Du mich?“ Koch erwiderte: „Sie sind es? Et sich mal!“ Koch sei dann mit Haarman fortgegangen und nie wieder gesehen worden.

Der dritte Fall ist der des Trägers Bonischewski, der aus dem besetzten Gebiet nach Magdeburg zu Verwandten zog, weil er dort Arbeit zu erhalten hoffte. Da er auch hier keine Arbeit finden konnte, erklärte er, zu seinen Eltern zurückkehren zu wollen. Als er längere Zeit weglieb, meldeten die Eltern ihn als vermißt an. Erst als der Fall Haarman bekannt wurde und gleichzeitig die Eltern erfuhr, daß ihr Sohn über Hannover getreift sei, kam der Verdacht, daß auch ihr Sohn ein Opfer des Mörders Haarman geworden sei. Die Eltern wurden nach Hannover gerufen und erkannten die Kleidungsstücke ihres Sohnes.

Das tödliche Eisenbahnunglück in Ratingen.

Am 16. Oktober des vorigen Jahres kam es zu einem Zusammenstoße zweier Züge in Ratingen, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Das Ostwälder Kreisgericht beschloß sich vor kurzer Zeit mit diesem Falle: Der Telegraphist Seljin wurde zu acht, der Adjunkt Postpösch zu neun und ein Bahnwächter zu sechs Monaten schweren Arkers verurteilt. Die von den Verurteilten eingehende Berufung wurde nun vom Obersten Gerichtshof in Brann verworfen.

Brandstiftung und Mord.

Das Schwurgericht Regensburg verurteilte den Händler Ruchwurm aus Hohl wegen Brandstiftung zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und wegen Überlegen Mordes zum Tode. Der Verurteilte, der in zerrütteter Ehe lebte, hatte zuerst das seiner Geliebten, der Dienstmagd Hierl und ihren Geschwistern, gehörige Anwesen in Brand gesteckt, um seine Geliebte zur Rückkehr zu ihm zu veranlassen. Als die Hierl zur Diebener bei ihm nicht bleiben wollte, führte er eine Begegnung mit ihr herbei und freckte sie auf einen gemeinsamen Spaziergang ohne Wortwechsel durch drei tödliche Schüsse nieder. Der Mörder zeigte bei Schluß der Verhandlung keine Spur von Reue.

Strenge Bekrafung eines Telefon-Schwarzabhörers.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte einen Lebensmittelhändler zu drei Monaten Gefängnis, weil er sich an einen Fernsprechanhänger als blinder Teilnehmer angeschlossen hatte. Der Inhaber des Anschlusses hatte schon längere Zeit beobachtet, daß sein Anruf von einem Dritten benutzt wurde, konnte aber erst, nachdem auch Anrufe entgegen und der Händler, dessen Ehefrau verlangt wurden, feststellen, daß dieser tatsächlich kurz vorher den Anruf benutzt hatte, weil die Anrufer bestimmt behaupteten, daß er ihnen Amt und Nummer des Anschlusses zwecks Anruf angegeben hatte. Strafverschärfend wirkte, daß der benutzte Apparat nicht den Postapparaten entsprach und bei Benutzung desselben leicht ein Betriebsunfall infolge Anrufgeräusches die den Anruf behandelnde Telefonistin entstehen konnte. Der Richter bezeichnete das Verhalten des Schwarzabhörers als niederträchtig und gemeinlich fährlich und erklarte darin außerdem noch einen vorsätzlichen Betrug gegen den Anrufinhaber und eine mit Vorbedacht ausgeführte Täuschung des Postwesens, weil er den Anruf schon seit April d. J. widerrechtlich benutzte. Aus diesen Gründen mußte von einer Geldstrafe abgesehen und auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden.

Volkswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Juni 87.127 betrug, ist Ende Juli auf 79.376, Ende August auf 78.774 und Ende September auf 78.006 Personen gesunken. Im ganzen ist diese Zahl mit Ende des dritten Quartals 1924 gegenüber Juni um 16,1 Prozent herabgegangen. Ein größeres Sinken der Zahl der Arbeitslosen im Monate September im Vergleich zum Juni ist namentlich in der Glasindustrie (um 1136), in der Metallindustrie (um 2935), in der Bekleidungsindustrie (um 1201), bei den Angestellten verschiedener Produktionszweige (um 3141) und bei Tagelöhnern (um 4060 Personen) zu beobachten, während sie in derselben Zeit in der Textilindustrie um 1503 Personen gestiegen ist. Gegenüber dem Monat August ist die Arbeitslosigkeit im September hauptsächlich in der Landwirtschaft (um 1659) und in der Textilindustrie (um 2159) gesunken. Die Zahl der freien Posten weist auch im dritten Quartal 1924 eine steigende Tendenz auf (18.055, 18.076, 19.479) während die Zahl der vom Staate unterstützten laut Feststellung des statistischen Amtes gegenüber dem letzten Monat des zweiten Quartals um 5974 Personen gesunken ist.

Das Borgsystem.

Soeben ist der Geschäftsbericht des Konsumvereines Teplitz-Schönau für das Geschäftsjahr 1923-24 erschienen. Der Warenumsatz ist vom Vorjahre auf das genannte Geschäftsjahr von 27,8 Millionen auf 21,7 Millionen Kronen gesunken. Die Ursache davon ist in der Wirtschaftslage, in dem mehrwöchentlichen Streik der Bergarbeiter, aber auch in dem wieder zur Herrschaft gelangten Borgsystem der Kaufleute zu suchen. In dem Bericht finden wir darüber folgende interessante Ausführungen:

Groß ist die Zahl derer, die des Borgens wegen die Kaufleute wieder gefunden haben. Wie oft schon wurde über das Verderbliche des Borgsystems gesprochen, ohne den notwendigen Erfolg zu erzielen. Nur zu oft machen wir die Wahrnehmung, daß Arbeiter vorsätzlich dorthin einlaufen gehen, wo geborgt wird, oft in dem klaren Bewußtsein, die Waren teuer zahlen zu müssen; ganz abgesehen von den Unzähligen, die diese Tatsache leider noch nicht wahrgenommen haben. Sie alle übersehen, daß das Borgsystem weder den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, noch der Kunde Erleichterungen schafft, sondern nur besteht, weil es von den Kaufleuten planmäßig gepflegt wird zur besseren Ueberörtelung der Kundschaft. Die Geschichte des Borgsystems beweist uns, daß dasselbe vor dem Kriege, wenn auch nicht in einem solchen Ausmaße wie heute, herrschte. Im Kriege, in der Zeit der äußersten Geldknappheit und der Not der Arbeiter, haben die Kaufleute dasselbe mit radikaler Gewalt beseitigt. Warum? Weil ihnen an der Arbeiterkundschaft nichts gelegen war und weil sie ohnedies die rationierten Waren viel lieber dem zahlungsfähigen Bürgerum des Mehrgewinnes wegen veräußerten. Die Arbeiterfrauen, die damals kein Geld hatten, und ihrer waren es nicht wenige, mußten auf die zum Leben ohnehin unzulänglichen Lebensmittel verzichten und mit ihren Kindern hungern oder aber ihre letzten Habeleistungen weksufen, damit sie zunächst Geld und dann Waren erhalten konnten. Der Kaufmann borgte in keinem Falle.

Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft erinnerten sich die Kaufleute, daß ihnen ein erheblicher Teil der Kundschaft wegen ihres rücksichtslosen Vorgehens entgangen war und sie erinnerten sich auch der Arbeiter, die sie nunmehr als Kundschaft wieder brauchten und sie führten das Borgsystem wieder ein. Das Borgsystem, von dem auch die Kaufmannschaft weiß, daß es wirtschaftlich gewertet, nur ein Nachteil ist, besteht heute in höchster Blüte als Lebensmittel für die gleichgültigen, fauligen und unwirtschaftlichen Hausfrauen. Wann werden sich endlich alle Arbeiterfrauen von einer Einrichtung frei machen, die ihnen den Lebensunterhalt verteuert und verschlechtert und die sie wirtschaftlich bindet.

Die Verbindlichkeit des Prager Gremialkollektiv-Vertrages vom Landesgerichte bestätigt. Das Sekretariat Groß-Prag des Einheitsverbandes der Privat- und öffentlichen Angestellten teilt uns folgendes mit: Wie bekannt, hat der Oberste Gerichtshof die Unabdingbarkeit der Kollektiv-Verträge ausgesprochen. Die Judikatur erklärte sämtliche Kollektiv-Verträge, gleichgültig ob dieselben im Wege der Gewerkschaften und Unternehmerverbände oder auf Grund des § 114b der Gewerbeordnung vereinbart wurden, als verbindlich. Diese sachlich unanfechtbare Entscheidung wurde trotzdem in Prag seitens einzelner Firmen angefochten. In den letzten Tagen erließ eine Entscheidung des Prager Landesgerichtes, mit welcher die Firma X. in Prag trotz gegenteiligen privaten Abmachungen verurteilt wurde, den Angestellten sämtliche Bezüge laut Gremialkollektiv-Vertrag zu gewähren. Diese prinzipielle Entscheidung ist von besonderer Wichtigkeit, nachdem nicht nur die Gehaltsätze des Vertrages, sondern auch andere Bedingungen (Pensionierung in der Höhe des Monatsgehältes — auszahlbar bis zum 20. Dezember 1924 —, Zahlung der Ueberstunden mit einer 50prozentigen Aufbesserung etc.) einzuhalten sind.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Stock Brandy Medicinal.

garantiert echtes, reines Weindestillat.

Das Urteil der Kenner: „Unüberholene Qualität.“

Sind Sie Kopf- oder Handarbeiter? Verwenden Sie nur den echten Diana-Franzbranntwein zu Anreibungen und zur Körperpflege. 3083

Valuten, die den Vorkriegsgoldwert erreichen. In der letzten Zeit haben die Valuten dreier Länder, die Schwedens, der Schweiz und Hollands, ihren Vorkriegsgoldwert wieder erreicht. Auch die englische Valuta hat sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert, sie brachte die Verluste der beiden letzten Jahre wieder ein, steht gegenwärtig nur mehr um 5 Prozent unter dem Dollar und wird voraussichtlich die Dollarparität bald erreichen. Günstigere Handels- und Zahlungsbilanzen, ausgeglichene Staatsbudgets sind für die Besserung dieser Währungen verantwortlich, vor allem aber ein anderer Umstand: die amerikanische Kapitalsausfuhr. Amerika, das im vergangenen Jahre nur 243 Millionen Dollar an europäische Länder geliehen hat, hat in diesem Jahre mehr als eine Milliarde Dollar europäischen Ländern geliehen. Auch die anderen Währungen, wie die französische und dänische, haben durch die amerikanische Geldzufuhr ihren Wert erhöhen können. Diese Kredite befreien nämlich die Länder, welche sie erhalten, von der Notwendigkeit zum Kauf der fremden Devisen für die Besahlung ihrer ausländischen Verbindlichkeiten. Deshalb wird der Druck auf die Währungen, der von dieser Seite her kommt, vermindert. Der amerikanische Kreditstrom ist dem Abflauen der amerikanischen Hochkonjunktur, das große Kapitalien in Amerika freisetzt, und außerdem der Lösung der Reparationsfrage, wovon Amerika die Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft erhofft, zu verdanken.

Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 12. Dezember.) Die Beteiligung an der Börse war geringer, der Markt geschäftslos. Die dienstägigen Preise blieben nominell in Geltung. Fest hat sich weiter etwas befestigt (15.30—15.40 ab Teilschen).

Literatur.

Die Frauen aus dem alten Staben Nr. 17. Roman von Henni Lehmann (Hüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena). Der Roman trägt die einfache Widmung „Proletarierroman“. Es ist eigentlich das Schicksal einer Reihe Kleinbürgerlicher Frauen, das ihm Stoff und Leben gibt. Der Krieg als sittliches Stahlbad der Väter ist hier einmal von einer bis jetzt wenig beachteten Seite erfasst. Die Frauen, die im Hinterland zurückblieben, die die Not des täglichen Lebens, die Sorge ums Brot neben der seelischen Not der Liebelosigkeit und neben der körperlichen Peinigung der Trennung vom Manne zu tragen haben, sind die Heldinnen der Erzählung. Die wenigsten haben Heldentaten an sich. Die eine oder die andere wird vom Schicksal zerbrochen, die anderen lassen sich biegen. Alle werden sie Proletarierinnen. Die Witwe des wohlhabenden Kaufmanns mit ihren schönen Töchtern, die Frauen der kleinen Bürger und Beamten verarmen und verlieren den „gesellschaftlichen Halt“. Im Proletarierhaus am alten Staben sammeln sich die Frauentypen der „großen Zeit“ und aus dem schönen Nachbarhause, aus dem zuerst nur

die weiße Rahe zu den Proletariern hinüberstrich, kommen die vornehmen Frauen schließlich zu den armen und schmutzigen Schwestern, die an der gleichen Verlassenheit leiden. Einer der größten Dichter der Weltliteratur hat aus ähnlichem Stoffe eine unsterbliche Komödie geschaffen. Henni Lehmann in sein Kristophanes und ihre Heldinnen haben von Lystra nur das heiße Blut, nicht aber den Witz und die Energie geerbt. Der Roman wird aber gern gelesen werden und er verdient es. Sprachlich und im Stoffe ist er gediegen und gibt im kleinen Rahmen ein Bild der großen Tragödie vieler Tausender Frauen. Fr.

Kunst und Wissen.

Zweiter Gastspielabend Selma Kurz. Die Leonore in Verdis „Trubador“ gibt der Kurz nur in zwei oder drei Akten Gelegenheit, ihre hohe Kunst zu zeigen. Noch immer dieses unvergleichliche Vibrieren und Zaudern ihres Trillers, noch immer diese unbefehrbare Zartheit in den Kopftönen, wenn gleich schon auf der herrlichen Blüte dieser Stimme leiser Reif liegt. Im übrigen ist von dieser „Trubadour“-Aufführung nicht allzuviel Erfreuliches zu berichten. Nur der in Gesang und Spiel männlich-krafftige Luna des Herrn Gagen und die Agucena des Fräulein Schwarz (bei ihr vor allem nur der starke schöne Alt) sind lobend zu erwähnen. Das Niveau der Vorstellung wurde, abgesehen von den unzulänglichen Hören und der etwas zerfahrenen, improvisiert erscheinenden, musikalischen Leitung durch den in jeder Hinsicht schülerhaften Manier des Herrn Fellner gedrückt, der bei der Stretta regelrecht umhinsticht.

Zirkusleute. (Gastspiel Rudolf Thyrolt.) Ritsch wird nicht besser, wenn er älter wird. Schönthans Lustspiele sind aber zum größeren Teil seit je Ritsch gewesen und zu dem größeren Teil gehört auch das Nährstück von den Zirkusleuten, die in die gräßliche Familie Aufnahme finden. Tugend, Edelmut, Männerstolz und Mädchenpröde sind die aufgestrichen. Auch Thyrolt, der den altgewordenen Clown glänzend gibt, kann das Stück nicht retten. Dramatisch wird es an den wenigen Stellen, an denen die rührselige Handlung hinter der Tragik des verbrauchten, gealterten Künstlers zurücktritt. Dort wirkt auch Thyrolt am padeudsten und er läßt den Gedanken nicht aufkommen, daß man einen Gealterten vor sich habe. Zu der tragischen Art: kommt ein tiefer Humor und eine wunderbare Beherrschung des slavisch radebrechenden Idioms. Neben Thyrolt hielt sich das hübsche Fräulein Bianca Gentilmo trotz einiger vielleicht durch das sentimentale Stück bedingte Anfängerfehler sehr gut. Herr Bötzlin gab wieder einmal einen gedämpften und bescheidenen Liebhaber, Frau Edelstyk charakterisierte die Zirkusreiterin i. R. und Herr Reinhardt ließ dem Zirkusleiter, der den Knoten schließlich löst, seinen Humor. — Das Stück gefiel dank Thyrolts schöner Leistung sehr gut. C. F.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag nachmittags Urania-Vorstellung: „Don Carlos“, abends „Zirkusleute“; Sonntag vormittags Kammermusik, nachmittags Einführung, abends „Die Rinkönigin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Cio-Cio“; Sonntag nachmittags Gastspiel Thyrolt „Großstadtlust“, abends „Illusionist“.

Turnen und Sport.

1. Kreis-Wintersporttag des fünften Kreises.

Am 24. und 25. Jänner 1925 am Reiberg bei Böhm.-Biesenthal, Bezirk St. Joachimstal.

Programm: 24. Jänner (Samstag), Kampfrichterung und Auslosung in Weiß Gashaus, abends 8 Uhr; bis 10 Uhr gefelliges Beisammensein. 25. Jänner (Sonntag), Punkt 8 Uhr früh Beginn der Langläufe: 1. Langlauf für Sportler von 10 bis 25 Jahren, 12 Kilometer; 2. Langlauf für Sportler von 25 Jahren aufwärts, 12 Kilometer; 3. Langlauf für die Jugend, 14 bis 18 Jahre, 8 Kilometer; 4. Langlauf für Sportlerinnen, 6 Kilometer; 5. Langlauf für Schüler und Schülerinnen, 6 Kilometer. Nach den Läufen Mittagspause. Punkt 1 Uhr: Springen der Sportler auf der Buchwaldfprunghanze am Reiberg: 1. Springen der Sportler über 18 Jahre; 2. Springen der Sportler von 14 bis 18 Jahre; 3. Springen der Schüler. 5 Uhr Siegereverenz, anschließend Unterhaltung. Meldungen der Läufer und Springer sind gesondert bis 12. Jänner an den Wintersportwart des 5. Kreises Genossen Franz Viktorin, Kosten Nr. 240 bei Teplitz zu senden. Jeder Läufer und Springer hat bei der Meldung ein Kenngeld von 2 K beizulegen, widrigenfalls die Meldung keine Gültigkeit hat. Persönliche Meldungen sind zulässig bis zur Kampfrichterung. Alle Läufer und Springer haben sich mit dem Bundesamtlichbuch auszuweisen. Teilnehmer, welche Nachquartier verlangen, haben dies bis 12. Jänner an obige Adresse zu melden; später einlangende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Das Kampfrichterwesen leitet Genosse Otto Machaleid, Judmantel Nr. 113 bei Teplitz, Obmann der Kreislampfrichtervereingung. Alle Anfragen sind an diesen zu richten. Es ergeht das Ersuchen an alle Wintersportler, sich recht zahlreich an dem 1. Kreis-Wintersporttage zu beteiligen. Weiters wird aufmerksam gemacht, daß alle Besucher ihr Mitgliedsbuch mit der 3 Kronen-Marke zu versehen haben, damit bei der Fahrpreisermäßigung keine Schwierigkeiten entstehen.

Fußball. Kommende Prager Wettspiele: Sonntag: Sparta geg. Ocho'lovan Rodife, Viktoria Zizkow geg. Union Paktow, Rusefthy EA gegen EA Liben, Slavia Ref. gegen EA. Ausl. — Zum Länderspiel Schweiz-Deutschland, welches morgen in Stuttgart zur Austragung gelangt, wurde die Schweizer Mannschaft wie folgt umgeändert: Pulver (Young Boys, Bern); Schnebell (FC. Bern), Ramsperger (Young Boys, Bern); Oberbauer (Nordstern, Basel), Schmidlin, Osterwalder (Luzern FC. Bern); Chrenbolger (Nordstern, Basel), Koch (dt. FSB, Frankfurt), Dietrich (Servette, Genf), Abegglen (Grashoppers, Zürich), Müller (dt. Stuttgarter Kickers). — Die österreichische Nationalmannschaft zum Länderkampf gegen Spanien am 21. d. M. in Barcelona wurde nominiert: Saffi; Hainer, Tandler; Kurz, Pukner, Nitsch; Cull, Schwab, Horwath, Witz, Wessely.

Herausgeber Dr. Ludwig Tsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Hollik.

Bank für Brauindustrie in Prag
Offizielle Bankstelle der Brauindustrie. Organisation der Tschechoslowakischen Republik. Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slovakien). „Annahme von Einlagen auf Sparbücher“. Alle Banktransaktionen werden billigst durchgeführt. 1385

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen 1012
amer. Kollschapulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert billigst
A. Komink, Prag II., Revoluční 6.
Tel. 8314/VIII. Tel. 8314 VIII.
Genossenschaften, Krankenkassen etc. besondere Ausnahmepreise. Anfragen werden prompt erledigt und Kostenvoranschläge bereitwilligst gemacht.


Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Leitfaden zur Religionsgeschichte der Menschheit
Von Gustav Tschirn, Prediger in Siebbrunn
(Mit Jugendunterricht und zu Selbstbildungszwecken)
Preis 4 Kronen
Größe Nachzahl anderer ergründeter u. erhaltener Schriften für neues Wissensniveau (Vergleichsweise lohnend)

Vollsbuchhandlung Teplitz-Schönau
Terežengasse Nr. 18-20

Der Mensch und die Sonne.
Habe deinen Körper im Sonnenlicht! Wache ihn gesund und schön! Von Hans Gurn. Aber 100 herrliche Naturaufnahmen männlicher u. weiblicher Körper im Spiel der Sonne u. 24 Witzbilder auf seinem Kunstbrot. 7 Bogen Text. Mehrfarbige Umschlagnahme von Grol, Lubm. Oobling.
Preis: Einzelheft 20-40, Rest gebunden 30.-
Vollsbuchhandlung Kramler & Co., Teplitz-Schönau, Terežengasse 18-20.

Lehrmeister-Bücherei
Eine bewährte Sammlung praktischer Anleitung für alle möglichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. (Handwerk-Technik-Bücherei u. a.)
Aber 700 Nummer erschienen! Jede Nummer 20-1.00. Verzeichnisse senden kostenlos.
Vollsbuchhandlung Kramler & Co., Teplitz-Schönau, Terežengasse 18-20.
Die größte Verbreitung finden Ihre Inserate im

VISAN buttergleich

für Weihnachtsbäckereien